

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Bundesamt für Wirtschaftliche
Landesversorgung

14. August 2024

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser; Vernehmlassung

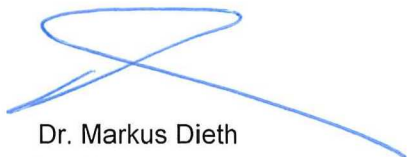
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 wurden die Kantonsregierungen zum Vernehmlassungsverfahren betreffend Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme. Seine Bemerkungen und Anträge können Sie dem beiliegenden Antwortformular entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin

Beilage

- Antwortformular

Kopie

- energie@bwl.admin.ch

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Regierungsrat des Kantons Aargau
Adresse / Indirizzo	Regierungsgebäude 5001 Aarau
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	14. August 2024

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier **électronique** à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word** par courrier électronique **facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta **elettronica** energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Der Verordnungsentwurf leistet einen wichtigen Beitrag, um im Fall einer kritischen Stromkontingentierung die Gewässer möglichst umfassend zu schützen. Gleichzeitig können dank des Entwurfs auch zentrale Abwasserreinigungsanlagen einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, indem sie in Abhängigkeit vom Kontingentierungssatz bestimmte Stromeinsparungsmassnahmen umsetzen. Das Verhältnis zwischen Stromeinsparung und Gewässerschutz empfindet der Regierungsrat im vorliegenden Entwurf als ausgewogen. Die Massnahmen werden nur befristet während einer Kontingentierung eingesetzt. Die Kantone haben mit Art. 2 Abs. 3 zudem die Möglichkeit, in kritischen Einzelfällen Ausnahmen vorzusehen. Dadurch haben sie ein Werkzeug, um irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer zu vermeiden. Bei einem Kontingentierungssatz von 85 % oder mehr sind solche Ausnahmen nicht notwendig, da durch die entsprechenden Massnahmen keine umweltrechtlichen Bestimmungen verletzt werden. Das Ziel ist, die Fortschritte im Gewässerschutz im Fall einer Stromkontingentierung möglichst nicht zu gefährden. Die Art. 3–5 dieses Entwurfs ermöglichen es den Kantonen, schnell und harmonisiert zu handeln.

Abwasserreinigungsanlagen (ARA) sind energieintensive Betriebe und zu einem grossen Teil gelten sie als Energiegrossoverbraucher im Sinne des Grossverbraucherartikels (Art. 46 Abs. 3 Energiegesetz [EnG, SR 730.0]), beziehungsweise § 10 Energiegesetz des Kantons Aargau [EnergieG; SAR 773.200]. In diesem Rahmen sind die Betreiber bereits zur Energieeffizienz verpflichtet und ergreifen entsprechend Massnahmen (zum Beispiel Beleuchtungersatz, Installation Photovoltaikanlage oder Maschinenersatz). Ihr Handlungsspielraum ist jedoch systembedingt eingeschränkt. Denn gut 95 % des Elektrizitätsbedarfs entfallen auf Abwasserreinigung (ca. 80 %) und Klärschlamm-trocknung (15 %). Infrastrukturanlagen haben in einer ARA also einen sehr kleinen Anteil am Elektrizitätsbedarf. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass eine bedeutende Senkung des Elektrizitätsbedarfs direkten Einfluss auf die Reinigungsleistung der Anlage hätte. Die Funktion der Abwasserreinigungsanlagen ist auch im Fall der Einschränkung der Stromversorgung zu erhalten. Aus diesem Grund begrüsst der Regierungsrat ausdrücklich, dass die vorliegende Verordnung in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) und dem Schweizerischen Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI) erstellt wurde. So ist ein praxisbezogener Elektrizitätshaushalt bei den zARA gewährleistet.

Die Bestimmungen umfassen somit die zentralen Punkte, um während einer Stromkontingentierung, schnell, harmonisiert und mit verhältnismässigen Auswirkungen auf die Umwelt handeln zu können. Deshalb hat der Regierungsrat keine grundsätzlichen Anmerkungen, jedoch einige Präzisierungen und Hinweise auf den nachfolgenden Seiten.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Folgende zwei Punkte sind aus Sicht des Regierungsrats nicht, beziehungsweise ungenügend, sowohl in der Vorlage wie auch im erläuternden Bericht geregelt. Dies ist nachzuholen und zu ergänzen:

1. Welcher Zeitplan beziehungsweise welche Termine sind für die Umsetzung geplant? Bis wann müssen die kantonalen Planungen vorliegen?
2. Wie sind die Zuständigkeiten bezüglich Datenbeschaffung oder Meldungen bei den zARA oder an die Landesversorgung geregelt?

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art 2. Ziffer 2	Reihenfolge der Verfahrensstufen ändern: "Beträgt der Kontingentierungssatz weniger als 85 %, so ordnen die Kantone zusätzlich die Abschaltung der Anlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen und der Filteranlagen an."	Änderung der Reihenfolge aufgrund der Priorität. Zuerst die Ausserbetriebnahme der Anlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen und erst dann die Ausserbetriebnahme der Filteranlagen. Spurenstoffe verursachen eine chronische Belastung, während eine Überschreitung bei GUS (Feststoffe) zu einer akuten Belastung des Gewässers führt.
Art. 2	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5, letzter Absatz, ab 2. Satz): Diese haben keine Auswirkungen auf die Reinigungsleistung der zARA. Hilfsbetriebe, bspw. die Abluftbehandlung und die Belüftung der Betriebsgebäude, sind auszuschalten, sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind. <u>Für die Arbeiten auf der zARA sicherheitsrelevante Bestimmungen (inkl. umweltrechtliche und arbeitnehmerschutzrechtliche Vorgaben) sind einzuhalten.</u>	Umweltrechtliche Vorgaben Gemäss Verständnis des Regierungsrats in Bezug auf den vorliegenden Entwurf (und im Sinne des Bewirtschaftungsmodells) sind Massnahmen, die bei einem Kontingentierungssatz von 85 % oder mehr angeordnet werden, nicht nur im Einklang mit sicherheitsrelevanten Bestimmungen, sondern auch mit umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben. Der erläuternde Bericht hält somit richtigerweise fest, dass die Bestimmungen der LRV (insbesondere bezüglich Geruchsbelästigung und Blockheizkraftwerken sowie stationären Verbrennungsmotoren) eingehalten werden müssen. Der Verordnungsentwurf selbst (Art. 2. Abs. 1 Bst. a) bezeichnet jedoch nur "sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe". Der Regierungsrat bittet deshalb um eine Präzisierung des erläuternden Berichts.
Art. 2	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5, letzter Absatz, letzter Satz): Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. <u>Die</u>	Umgang mit Notstromgruppen Im erläuternden Bericht ist klar zu formulieren, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate/Notstromgruppen (Anhang 2 Ziffer 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, welche nur

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<u>geltenden Bestimmungen (insbesondere auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anhang 2 Ziffer 827 LRV) sind einzuhalten.</u>	zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 Stunden pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stationären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten.
Art. 3	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 7, dritter Absatz, letzter Satz): Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische Mikroverunreinigungen <u>Spurenstoffe</u>) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtposphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).	Hier sollte der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen unter anderem auch Arzneimittel.



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
energie@bwl.admin.ch

Appenzell, 16. August 2024

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die Vorlage. Ein funktionierendes Abwasserreinigungssystem ist für die Gesundheit zwingend. Daher sind die zentralen Abwasserreinigungsanlagen richtigerweise von der Reduktion des Strombezugs im Rahmen einer Kontingentierung auszunehmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Bau- und Umweltdepartement Appenzell I.Rh., Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. August 2024

Eidg. Vernehmlassung; Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 unterbreitet das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) einen Verordnungsentwurf zum Strombezug durch öffentliche Abwasserreinigungsanlagen (ARA) während einer Strommangellage.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Bemerkungen zum Verordnungsentwurf

Der Regierungsrat begrüsst im Grundsatz, dass der Bund in einer Strommangellage von einer Kontingentierung der Grossverbraucher-ARA absehen will. Sämtliche ARA werden bei tiefem Kontingentierungssatz Stromsparmassnahmen ohne Umweltauswirkungen treffen. Bei höherem Kontingentierungssatz von 15 % und mehr Einsparungen müssen die ARA Massnahmen mit Auswirkungen auf die Gewässer treffen; die kantonalen Fachstellen können jedoch in kritischen Einzelfällen Ausnahmen vorsehen, was ausdrücklich begrüsst wird.

Weitere Bemerkungen zum Betrieb von kritischen Infrastrukturanlagen in einer Strommangellage

Die Auswirkungen von zyklischen Netzabschaltungen auf den ARA-Betrieb und die Gewässer werden vom Bundesrat nicht behandelt (vgl. "Verordnung über die Abschaltung von Stromnetzen zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung, Entwurf vom 23. November 2022"). Bei dieser äusserst einschneidenden Bewirtschaftungsmassnahme sind versorgungsrelevante Betriebe, wie z.B. Kläranlagen gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. g, zwar ausgenommen, jedoch nur soweit dies *technisch möglich* ist. In Appenzell Ausserrhoden können diese Betriebe gemäss Angaben der Verteilnetzbetreiber in den allermeisten Fällen heute noch nicht von Netzabschaltungen ausgenommen werden. Für die Verteilnetzbetreiber bestehen weder gesetzliche Verpflichtungen noch finanzielle Anreize oder eine andere Motivation, dies inskünftig zu ändern. Grundsätzlich ist eine Kontingentierung (resp. eine entsprechende Branchenregelung) von kritischer und bereits energetisch optimierter Infrastruktur, wie z.B. den ARA, nur bedingt nachvollziehbar und die verpflichtete Branche resp. die Systemgrenze sollte weiter gefasst werden. Der Ansatz des Bundes, dass jeder versorgungsrelevante Betrieb bei einer



Kontingentierung – und faktisch auch bei den Netzabschaltungen – selbst für den Notstrom verantwortlich ist, führt in der Praxis allzu oft zu suboptimalen Lösungen (in der Regel Einzellösungen mit dieselbetriebenen Notstromaggregaten anstatt gemeinschaftlichen Lösungen mit erneuerbaren Energien).

Antrag 1: Der Bund soll zusätzlich aufzeigen, wie eine entsprechende Ertüchtigung der Strominfrastruktur verbindlich erwirkt werden kann, so dass kritischen Infrastrukturanlagen von zyklischen Abschaltungen ausgenommen werden können.

Antrag 2: Alternativ zur vorgelegten Sonderreglung für ARA ist in grundlegender Art zu prüfen, ob die Gemeinden resp. die Betreiber von kommunaler Infrastruktur (als weiter gefasste "Branche") verpflichtet werden können, in den nicht-kritischen Bereichen zu kontingentieren (d.h. Strom einzusparen). Alternativ sollen sie die notwendigen Kontingente für den Betrieb der kritischen Infrastrukturanlagen in der Mangellage erwerben können resp. müssen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL
Bernastrasse 28
3003 Bern

Per E-Mail: energie@bwl.admin.ch

RRB Nr.: 746/2024
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

14. August 2024

Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Bern begrüsst den vorliegenden Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Der Entwurf basiert auf dem «Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentierung (Strommangellage)», dass die Konferenz der Vorsteher dem Umweltschutzämter KVV, der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute VSA und der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur SVKI in Abstimmung mit dem BAFU und dem BWL erarbeitet haben.

Die Verordnung wird einen wichtigen Beitrag leisten, um im Falle einer kritischen Stromkontingentierung die Gewässer möglichst umfassend zu schützen. Gleichzeitig können zentrale Abwasserreinigungsanlagen einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, indem sie in Abhängigkeit vom Kontingentierungssatz bestimmte Stromeinsparungsmassnahmen umsetzen. Das Verhältnis zwischen Stromeinsparung und Gewässerschutz empfinden wir im vorliegenden Entwurf als ausgewogen.

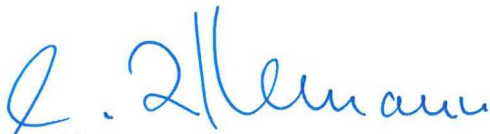
Die Massnahmen werden nur befristet während einer Kontingentierung eingesetzt. Die Kantone haben mit Artikel 2 Absatz 3 zudem die Möglichkeit, in kritischen Einzelfällen Ausnahmen vorzusehen. Dadurch erhalten sie ein Werkzeug, um irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer zu vermeiden. Bei einem Kontingentierungssatz von 85 Prozent oder mehr sind solche Ausnahmen nicht notwendig, da durch die entsprechenden Massnahmen keine umweltrechtlichen Bestimmungen verletzt werden. Das Ziel ist, die Fortschritte im Gewässerschutz im Falle einer Stromkontingentierung möglichst nicht zu gefährden. Die Artikel 3 bis 5 ermöglichen es den Kantonen, schnell und

harmonisiert zu handeln, um während einer Stromkontingentierung mit verhältnismässigen Auswirkungen auf die Umwelt handeln zu können.

Der Regierungsrat begrüsst daher den Verordnungsentwurf grundsätzlich. Er schlägt aber im beiliegenden Antwortformular zwei Präzisierungen im erläuternden Bericht zu Artikel 2 und Artikel 3 vor und dankt für deren Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Evi Allemann
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Bau- und Verkehrsdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Beilagen

- Antwortformular

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Regierungsrat des Kantons Bern, Postgasse 683011 Bern
Adresse / Indirizzo	Postgasse 68, 3011 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Bau- und Verkehrsdirektion, Amt für Wasser und Abfall, Reto Manser, Abteilungsleiter Siedlungswasserwirtschaft, reto.manser@be.ch , 031 633 39 32
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Allgemeine Bemerkungen entnehmen Sie bitte der Stellungnahme des Berner Regierungsrates.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffré (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5): Diese [Massnahmen] haben keine Auswirkungen auf die Reinigungsleistung der zARA. Hilfsbetriebe, bspw. die Abluftbehandlung und die Belüftung der Betriebsgebäude, sind auszuschalten. Für die Arbeiten auf der zARA sicherheitsrelevante Bestimmungen (<u>inkl. umweltrechtliche und arbeitnehmerschutzrechtliche Vorgaben</u>) sind einzuhalten. sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind. Variante: Anpassung Art. 2 Abs. 1 Bst. a: die Abschaltung oder den reduzierten Einsatz von nicht sicherheitsrelevanten Hilfsbetrieben sowie eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion im Rahmen der <u>umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben</u>; Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5): Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. Die geltenden Bestimmungen (insbesondere auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anhang 2 Ziffer 827 LRV) sind einzuhalten.	Umweltrechtliche Vorgaben Nach unserem Verständnis (und im Sinne des Bewirtschaftungsmodells) sind Massnahmen, die bei einem Kontingenzierungssatz von 85 % oder mehr angeordnet werden, nicht nur im Einklang mit sicherheitsrelevanten Bestimmungen, sondern auch mit umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben. Der erläuternde Bericht hält somit richtigerweise fest, dass die Bestimmungen der LRV (insb. bezüglich Geruchsbelästigung und Blockheizkraftwerken sowie stationären Verbrennungsmotoren) eingehalten werden müssen. Der Verordnungsentwurf selbst (Art. 2. Abs. 1 Bst. a) bezeichnet jedoch nur «sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe». Wir bitten deshalb um eine Präzisierung des erläuternden Berichts oder des entsprechenden Artikels. Umgang mit Notstromgruppen Im erläuternden Bericht ist klar zu formulieren, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate/Notstromgruppen (Anhang 2 Ziffer 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, welche nur zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 Stunden pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stationären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 3	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 7): Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische Spurenstoffe Mikroverunreinigungen) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtphosphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).	Hier sollte der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen u.a. auch Arzneimittel.

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung (WBF)

Per E-Mail: energie@bwl.admin.ch

Liestal, 13. August 2024
BUD

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser, Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Mit Brief vom 1. Mai 2024 haben Sie uns freundlicherweise eingeladen, zu den Änderungen der Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und lassen Ihnen folgende Rückmeldung zukommen:

Allgemeine Bemerkungen

Die Abwasserreinigung stellt eine wichtige Infrastruktur unserer Gesellschaft dar, um das durch menschlichen und industriellen Gebrauch verschmutzte Abwasser zu reinigen und wieder in den natürlichen Kreislauf zurückzuführen. Dank der Abwasserreinigung hat sich die Gewässerqualität in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten signifikant verbessert. Die mechanischen und biologischen Prozesse der Abwasserreinigung sind komplex und unterliegen dynamischen Gleichgewichten, die anfällig auf unerwartete Störungen sind. Eine längere Abschaltung aufgrund einer Strommangellage wäre beispielsweise eine solche Störung.

Für die Bewältigung einer Strommangellage ordnet der Bund Bewirtschaftungsmassnahmen an. Dazu gehören Verbrauchsbeschränkungen, Kontingentierungen und Netzabschaltungen. Zyklische Netzabschaltungen – die letzte Eskalationsstufe bei einer Strommangellage – führen mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit zu praktisch unkontrollierbaren Zuständen auf Abwasserreinigungsanlagen. Mit Blick auf die Abwasserinfrastruktur würde dies zu Abwasserrückstau in Kanälen und in tiefliegende Gebäudeteile wie Tiefgaragen, Untergeschossen etc. führen. Gewässerverschmutzungen, Schäden an der Abwasserinfrastruktur, hygienische Probleme und die Gefährdung der Gesundheit wären die Folgen. Während einer Kontingentierung sollte daher alles Zumutbare unternommen werden, um Abschaltungen zu vermeiden und die Gewässer dennoch optimal zu schützen.

In diesem Sinn begrüßen wir die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Bewirtschaftungsmassnahmen von zentralen Abwasserreinigungsanlagen (zARA) im Fall einer Strommangellage. Mit der Normierung werden die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen, um im Fall einer Strommangellage die bestmögliche Energieeinsparung bei vertretbarer Reduktion der Reinigungsleistung der zARA zu erzielen. Die vorliegende Verordnung folgt dabei dem Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentierung (Strommangellage) des Verbands Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA), das als Grundlage diene.

Allgemeine Bemerkungen und Anträge zu «Erläuternder Bericht Art. 2» (Seite 5)

Wir begrüßen, dass die Verordnung in Art. 2 Abs. 3 lit. a. genügend Freiraum für den Vollzug bietet, um im Falle einer erheblichen Verschlechterung der Gewässerqualität Ausnahmen zu sprechen. Insbesondere bei den kleinen, lokalen ARA mit kleinen Vorflutern könnten Einsparungen zu einer massiven Verschlechterung der Situation führen. Kleine ARA haben tendenziell ohnehin eher Schwierigkeiten die erforderliche Reinigungsleistung zu erbringen.

Anträge zu «Erläuternder Bericht Art. 2» (Seite 5)

- Antrag 1: Der erläuternde Berichtsteil (Seite 5) zu Art. 2 ist wie folgt anzupassen:
Diese [Massnahmen] haben keine Auswirkungen auf die Reinigungsleistung der zARA. Hilfsbetriebe, bspw. die Abluftbehandlung und die Belüftung der Betriebsgebäude, sind auszuschalten. Für die Arbeiten auf der zARA sicherheitsrelevante Bestimmungen (**inkl. umweltrechtliche und arbeitnehmerschutzrechtliche Vorgaben**) sind einzuhalten. ~~sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind.~~
- Begründung: Gemäss unserem Verständnis des vorliegenden Entwurfs und im Sinne des Bewirtschaftungsmodells sind Massnahmen, die bei einem Kontingentierungssatz von 85 % oder mehr angeordnet werden, nicht nur im Einklang mit sicherheitsrelevanten Bestimmungen, sondern auch mit umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben. Der erläuternde Bericht hält somit richtigerweise fest, dass die Bestimmungen der Luftreinhalte-Verordnung (insbesondere bezüglich Geruchsbelästigungen und Blockheizkraftwerken sowie stationären Verbrennungsmotoren) eingehalten werden müssen. Der Verordnungsentwurf selbst (Art. 2. Abs. 1 Bst. a) bezeichnet jedoch nur «sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe».
- Antrag 2: Der erläuternde Berichtsteil (S. 5) zu Art. 2 ist wie folgt anzupassen:
Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. **Die geltenden Bestimmungen (insbesondere auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anhang 2 Ziffer 827 LRV) sind einzuhalten.**
- Begründung: Im erläuternden Bericht ist klar zu formulieren, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate oder Notstromgruppen (Anhang 2 Ziffer 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, die nur zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 Stunden pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stationären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten.

Allgemeine Bemerkungen zu «Erläuternder Bericht Art. 3»

Mit der Anordnung der Massnahmen Art. 2 Abs. 2 ist die Einhaltung der in Art. 3 aufgezählten Anforderungen nicht mehr gewährleistet. Deshalb sieht ebendieser Artikel für die Dauer der Kontingentierung eine Abweichung von diesen Bestimmungen vor. Wir erachten dies nur soweit als zielführend, als diese Massnahmen insbesondere für die Einhaltung des Grenzwerts für Gesamtphosphor nur in der kalten, weitgehend wachstumsfreien Jahreszeit zur Anwendung gelangen dürfen.

Anträge zu «Erläuternder Bericht Art. 3» (Seite 7)

- Antrag 1: Der erläuternde Berichtsteil (S. 7) zu Art. 3 ist wie folgt anzupassen:
Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische **Spurenstoffe** ~~Mikroverunreinigungen~~) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtphosphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).
- Begründung: Hier sollte der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen u. a. auch Arzneimittel.

Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Artikeln

Art. 1 Abs. 2 lit. a.

Teilweise Zustimmung

- Antrag: Es ist zu präzisieren, ob die Verordnung für Abwasserreinigungsanlagen von industriellen Betrieben, denen auch kommunales Abwasser zugeführt wird, gilt oder nicht (Industriekläranlage mit kommunalem Anteil).
- Begründung: Es besteht ein Widerspruch zu Art. 1 Abs. 1. Es existieren industrielle Abwasserreinigungsanlagen, denen auch kommunales Abwasser zugeführt wird.

Art. 2 Abs. 1 lit. a.

Teilweise Zustimmung

- Antrag: Der Art. 2 Abs. 1 lit. a. ist wie folgt **zu ergänzen**:
a. die Abschaltung oder den reduzierten Einsatz von nicht sicherheitsrelevanten Hilfsbetrieben sowie eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion **im Rahmen der umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben**;
- Begründung: Siehe Ausführungen in Begründung zu Antrag 1 zu «Erläuternder Bericht Art. 2»

Art. 3

Zustimmung

Art. 4

Zustimmung

Art. 5 Abs. 2

Zustimmung

Art. 6

Zustimmung

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie höflich, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

energie@bwl.admin.ch

Basel, 13. August 2024

Regierungsratsbeschluss vom 13. August 2024

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser; Vernehmlassung; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Einladung zur Stellungnahme zum Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs von elektrischer Energie bei zentralen kommunalen Abwasserreinigungsanlagen im Fall einer Strommangellage.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir den vorgelegten Verordnungsentwurf unterstützen.

Wir teilen die Ansicht, dass auch zentrale kommunale Abwasserreinigungsanlagen als Stromgrossverbraucher zur Bewältigung einer allfälligen Mangellage durch eine Begrenzung ihres Stromverbrauchs beitragen sollen. Nötig ist dabei jedoch zweifelsohne eine dezidierte Güterabwägung mit dem Gewässer- und Gesundheitsschutz. Mit der vorgesehenen Verordnung und dem Ansatz des mit den Akteuren der Abwasserreinigung abgestimmten Bewirtschaftungsmodells, wird dies unserer Ansicht nach ausreichend gewährleistet. Das gestufte Vorgehen mit Massnahmen zunächst bei nicht gewässerschutzrelevanten Anlagenteilen sowie die Möglichkeit von spezifischen Ausnahmen bei Massnahmen der Stufe 2, die einen Effekt auf die Gewässerqualität haben, geben im Vollzug genügend Spielraum, um gravierende, irreversible Beeinträchtigungen der Gewässer und Gesundheitsgefährdungen zu verhindern. Voraussetzung ist, dass die Kantone entsprechende Kontrollen durchführen, wovon wir ausgehen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'économie, de la formation
et de la recherche DEFR
3003 Berne

Courriel : energie@bwl.admin.ch

Fribourg, le 20 août 2024

2024-729

Projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons au courrier du 1^{er} mai 2024 sur l'objet cité en titre, lequel a retenu toute notre attention. Nous avons l'honneur de vous transmettre notre détermination y relative.

Remarque générale

Le Conseil d'Etat salue le principe d'un renoncement à un contingentement strict avec un taux d'économie fixe pour les stations d'épuration des eaux usées communales tel que proposé par le Conseil fédéral.

Toutefois, le Conseil d'Etat estime que les mesures prévues à l'article 2 devraient être prescrites par la Confédération. En effet, dans le contexte exigeant tel que décrit dans le rapport explicatif, il ferait sens dans le cas présent de prévoir une mise en œuvre efficace et rapide dictée de manière uniforme. Les cantons pourraient être chargés de la surveillance d'application et de l'octroi de dérogations pour les cas particuliers dont le cadre devrait encore être précisé.

Finalement, le Conseil d'Etat ne partage l'avis de la Confédération exprimé dans le rapport explicatif sur le fait que ces mesures n'entraînent pas de conséquence sur le plan des finances et du personnel (chap. 5.2, p.9). Comme aucune durée de contingentement n'est prévisible à ce stade, on peut raisonnablement s'attendre à des conséquences dans ce contexte, tant pour les cantons que pour les communes notamment en raison de la surveillance de la qualité des eaux ou l'augmentation du travail lié à l'exécution, également du côté des détenteurs de stations d'épuration.

Remarques de détails

Art.2, al.1 et al.2

Compte tenu des délais imposés, de l'urgence en situation de pénurie et de mesures devant être mises en œuvre de manière commune dans tout le pays, le processus administratif « Confédération – Cantons – STEP » doit être optimisé au possible. Dès lors, nous proposons d'adapter l'article dans le sens que la Confédération prescrit les mesures et que les cantons sont chargés de la surveillance et de prévoir les cas de dérogation.

Art.2, al.3

Les dérogations selon l'art. 2 al. 3 doivent être accordées de manière uniforme à l'échelle nationale, tout en garantissant une protection efficace des eaux. Par conséquent, le terme « péjoration considérable de la qualité des eaux » doit être clarifié, par exemple au moyen d'une méthodologie permettant une évaluation devant rester simple et robuste.

Art.4 et 5

Le suivi des mesures doit être effectué de manière uniforme et comparable à l'échelle nationale, tout en minimisant les charges administratives des acteurs concernés (Confédération, Cantons, STEP). Ceci ne peut être établi qu'au moyen d'un outil simple (par exemple une check-list) permettant aux exploitants de procéder à l'auto-déclaration des mesures mises en œuvre et aux Cantons de déclarer les dérogations octroyées.

En vous remerciant de nous avoir consultés et de bien vouloir prendre en compte notre détermination, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de l'économie, de l'emploi et de la formation professionnelle ;
à la Direction du développement territorial, des infrastructures, de la mobilité et de l'environnement ;
à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 14 août 2024

15. AUG. 2024

Le Conseil d'Etat

3215-2024

Département fédéral de l'économie, de
la formation et de la recherche (DEFR)
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral Nord
3003 Berne

Concerne : projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales - procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a pris connaissance avec intérêt du projet d'ordonnance sur les mesures à prendre au niveau des stations centrales d'épuration en cas de contingentement de la consommation d'énergie électrique.

Le Canton de Genève est doté de quatre installations centrales d'épuration, toutes exploitées par les Services industriels de Genève (SIG), sous la surveillance de l'office cantonal de l'eau.

Un plan de continuité d'activité (PCA) en cas de pénurie électrique de l'activité eaux usées des SIG a été élaboré en 2022, prévoyant et permettant des économies plus ambitieuses que celles prévues par le présent projet d'ordonnance, notamment par une suspension temporaire de l'aération du traitement biologique de trois des quatre installations et de la désodorisation de l'une d'entre elles.

Le projet d'ordonnance reçoit dès lors l'aval de notre Conseil.

Des observations et des propositions d'adaptations mineures du projet d'ordonnance et de l'exposé des motifs, visant à une clarification de certains points, en vue d'une meilleure compréhension et d'une prise en considération du contexte genevois, sont adressés ce jour à l'office fédéral de l'énergie selon la procédure consacrée.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :


Nathalie Fontanet

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Organisation	République et Canton de Genève Département du territoire
Adresse	Rue de l'Hôtel-de-Ville 14 1204 Genève
Date et signature	Genève, le 25.06.2024 

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Frédéric Bachmann Chef de l'unité territoire et stratégie Office cantonal de l'eau frederic.bachmann@etat.ge.ch 022 546 74 26
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Cette consultation a été réalisée en coordination entre SIG, propriétaire et exploitant des stations d'épuration (STEP) centrales genevoises, l'office cantonal de l'énergie et l'office cantonal de l'eau, tous deux rattachés au département du territoire.

De manière générale, nous pensons que certaines clarifications sont nécessaires pour une meilleure compréhension de l'ordonnance et de l'exposé des motifs. Toutes nos observations et propositions sont consignées dans les deux tableaux ci-après.

Concernant le contexte genevois, l'ordonnance est moins ambitieuse en termes d'économies d'énergies que ce qui est actuellement prévu par le plan de continuité d'activité (PCA) en cas de pénurie électrique de l'activité Eaux usées de SIG, élaboré en 2022 en collaboration avec l'office cantonal de l'eau.

Ce PCA a été réalisé en considérant l'ensemble de l'activité Eaux usées de SIG, grand consommateur d'électricité du Canton (37 GWh/an).

Afin d'atteindre 20 % de réduction de consommation électrique, l'activité Eaux usées a élaboré son scénario de contingentement en ne considérant que les stations d'épuration rejetant leurs effluents dans le Rhône, exutoire jugé « moins sensible » que l'Arve.

En conséquence, ce plan prévoit, en cas de contingentement, les principales mesures suivantes, pour 3 des 4 STEP cantonales, en portant atteinte à la qualité de l'épuration, soit :

- La suspension ponctuelle et intermittente de l'aération du traitement biologique des STEP d'Aïre, de Bois-de-Bay et de Chancy, dont l'exutoire est le Rhône ;
- La suppression de la désodorisation de la STEP d'Aïre.

Ce plan a jugé, contrairement à ce que propose le projet d'ordonnance, que le plus gros potentiel d'énergie se fait au niveau de l'aération du traitement biologique.

Etant donné que l'exutoire de la STEP de Villette est l'Arve, celle-ci n'a pas été considérée dans le contingentement à mettre en œuvre par l'activité Eaux usées de SIG.

PROJET D'ORDONNANCE

Article, chiffre (annexe)	Proposition	Justification / Remarques
Art. 2, al. 1, lettre a	a. La mise hors circuit ou la réduction de l'utilisation d'installations annexes qui n'ont pas d'incidence sur la sécurité, sur le rendement épuratoire , et une augmentation de la production interne d'électricité ;	Cette précision de l'article nous paraît importante et en adéquation avec l'exposé des motifs, page 6, paragraphe 2, qui stipule que <i>Ces mesures n'ont pas de conséquences sur le rendement épuratoire des STEP centrales.</i>
Art 2, al. 1, lettre b	-	Il conviendrait de clarifier ce qui est entendu par <i>d'autres mesures propres aux installations</i> , dans l'article ou dans l'exposé des motifs.
Art. 2, al. 3, lettre a.	-	Il conviendrait d'expliquer dans l'exposé des motifs ce qui est entendu par <i>péjoration considérable de la qualité des eaux</i> .
Art. 3	-	Il conviendrait de préciser dans l'exposé des motifs les durées possibles de contingentements inférieurs à 85 %.
Art. 4, al. 2	-	La communication sur demande des <i>quantités d'énergie soutirées du réseau électrique</i> ne paraît pas très explicite. Il conviendrait de revoir l'article ou de préciser ce qui est attendu dans l'exposé des motifs. Nous jugeons plus utile de communiquer par exemple des potentiels d'énergie économisée.

EXPOSÉ DES MOTIFS

Page	Proposition	Justification / Remarques
3, § 1	Il conviendrait de préciser que si une entreprise ou collectivité publique dispose de plusieurs STEP sur une même zone de desserte, le calcul de tout contingentement et la réalisation de celui-ci prendra en compte l'ensemble de la consommation d'électricité de toutes les STEP en question.	Par analogie avec l'ordonnance <i>générale</i> sur le contingentement, qui stipule que si une entreprise ou une collectivité publique dispose de plusieurs sites de consommation soumis chacun individuellement au contingentement sur une même zone de desserte, ceux-ci sont considérés comme un seul gros consommateur, nous pensons que cette disposition devrait être étendue à la présente ordonnance. Cette manière de faire laisserait plus de flexibilité, serait moins dommageable pour l'environnement et correspondrait mieux au PCA de l'activité Eau usées de SIG.
4, § 1	Nous voyons une contradiction entre la phrase qui stipule que (...) <i>en veillant à une pollution des eaux aussi minime et réversible que possible</i> et l'art. 2, al. 3, lettre a. qui ouvre des dérogations dans le cas d'une <i>péjoration considérable de la qualité des eaux</i> .	-
4, § 2	Il conviendrait de donner une définition d'une <i>station centrale d'épuration</i> . Comme évoqué ci-dessous, nous avons à Genève des stations d'épuration industrielles qui traitent des eaux usées communales.	-

5, § 2	Il conviendrait de modifier le rapport explicatif comme suit: <i>Les mesures s'appliquent aux stations centrales d'épuration dans lesquelles sont <u>majoritairement</u> déversées des eaux usées communales, <u>soit</u> y compris si ces stations traitent également des eaux industrielles ou d'autres eaux polluées.</i>	Nous avons à Genève deux stations d'épuration d'entreprises industrielles qui reçoivent et traitent également des eaux usées domestiques. Elles ne font pas partie du réseau primaire d'assainissement exploité par SIG et ne doivent à notre sens pas être considérées comme <i>des stations centrales d'épuration</i> selon l'alinéa 1, mais comme des <i>stations d'épuration des eaux usées des entreprises industrielles</i> au sens de l'alinéa 2 lettre a. Le rapport explicatif laisse actuellement un doute à ce sujet en indiquant que <i>Les mesures s'appliquent aux stations centrales d'épuration dans lesquelles sont déversées les eaux usées communales, y compris si ces stations traitent également des eaux industrielles ou d'autres eaux polluées.</i> (ad art. 1 §1, p.5). On pourrait ainsi comprendre que dès que des eaux usées communales sont déversées dans une installation, celle-ci est considérée comme une station centrale.
--------	--	--

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
3003 Bern

Glarus, 4. Juni 2024

Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

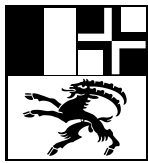
Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): energie@bwl.admin.ch



Sitzung vom

20. August 2024

Mitgeteilt den

20. August 2024

Protokoll Nr.

655/2024

Eidg. Departement für
Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

per E-Mail an: energie@bwl.admin.ch

Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser; Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 haben Sie die Kantone eingeladen, sich zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunale Abwasser zu äussern.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst die Stossrichtung des Verordnungsentwurfs. Dieser wurde in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) und unter Einbezug der Konferenz der Umweltamtsleiter Schweiz (KVU) erarbeitet. Er stellt nach Auffassung der Bündner Regierung einen ausgewogenen Kompromiss dar zwischen den Erfordernissen des Stromsparens und der Aufrechterhaltung der Abwasserreinigung.

Bei einem Kontingentierungssatz von höher oder gleich 85 Prozent werden bei den Abwasserreinigungsanlagen (ARA) ausschliesslich nicht abwasserrelevante Teile des Betriebs reduziert oder ausser Betrieb genommen. Der Verordnungsentwurf sieht Ausnahmen vor, wo dies aus Sicht des Schutzes des Personals nötig ist.

Bei einer Kontingentierung von weniger als 85 Prozent werden bei den Abwasserreinigungsanlagen die Stufen zur Elimination von Mikroverunreinigungen ausgeschaltet. Im Kanton Graubünden sind bisher noch keine solchen Stufen in Betrieb, womit der Kanton derzeit nicht von dieser Stufe betroffen wäre. Die temporäre Ausserbetriebnahme der vierten Reinigungsstufe ist unserer Meinung nach von Seiten des Gewässerschutzes vertretbar: Da bei diesen Stoffen vor allem die chronische Belastung toxisch auf die Fauna wirkt, spielen temporäre Betriebsunterbrüche keine entscheidende Rolle.

Wir bedanken uns für die Einladung zur Vernehmlassung und grüssen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Kopie an:

- Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
- Amt für Natur und Umwelt
- Departement für Finanzen und Gemeinden
- Amt für Energie und Verkehr
- Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement
Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 51 55
buwd@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Per E-Mail:
energie@bwl.admin.ch

Luzern, 19. August 2024

Protokoll-Nr.: 852

Vernehmlassung zum Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 laden Sie die Kantone ein, zum Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir zu dieser Verordnung keine Einwände und Bemerkungen haben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Fabian Peter
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel :
energie@bwl.admin.ch
Office fédéral pour l'approvisionnement
économique du pays (OFAE)
3003 Berne

Projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique pour les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Monsieur le conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

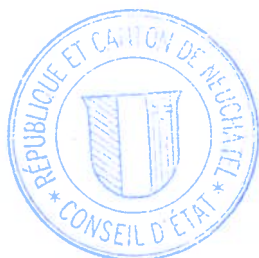
Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du sujet de la consultation du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) et vous remercie de lui offrir la possibilité de donner son avis sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales.

Nous vous informons approuver ce projet d'ordonnance qui n'appelle pas de commentaire particulier de notre part.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 21 août 2024

Au nom du Conseil d'État :



Le président,
F. WATIER

La chancelière,
S. DESPLAND

NE



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 25. Juni 2024

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF die Kantone eingeladen, sich zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser vernehmen zu lassen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und lassen uns wie folgt vernehmen.

Der Regierungsrat ist mit der Vorlage im Grundsatz einverstanden.

Der Energiebedarf der zentralen Abwasserreinigungsanlagen (zARA) wird seit Jahren optimiert. Die Strompreise haben in den letzten Jahren zusätzlich dafür gesorgt, dass die zARA haushälterisch mit dem Strom umgehen und mit möglichst kleinem Energieaufwand den bestmöglichen Reinigungsgrad zu erreichen. Es wird jedoch bezweifelt, ob die Einsparungen von 15 % bei allen zARA umsetzbar sind, zumal es dabei zu keiner Geruchsbelästigung und Verschlechterung der Qualität des gereinigten Abwassers kommen soll.

Sollte eine Strommangellage dazu führen, dass weniger Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben zu den zARA geleitet werden, könnte dies eine positive Rückkoppelung mit sich ziehen. Der Gesamtenergieverbrauch der zARA würde dadurch voraussichtlich sinken. Gleichzeitig nimmt aber auch die Eigenproduktion ab. Denn bei weniger Abwasserfracht reduziert sich auch die Klärgasbildung im Faulturn, womit die Stromproduktion mit den Blockheizkraftwerken abnimmt.

Ein zusätzliches, aber nur temporäres Strom-Einsparungspotential könnte sich bei einzelnen zARA bei der Schlammmentwässerung ergeben. Die Entwässerung des Schlammes kann temporär und während einer Strommangellage aufgeschoben werden, indem der Schlamm auf der Anlage gestapelt wird. Die Schlammmentwässerung könnte dann bei Phasen mit genügend Energieangebot wieder in Betrieb genommen werden.

Für mehr Rechtssicherheit müsste noch definiert werden, ob es sich bei der sogenannten Referenzmenge um den Strombedarf bzw. den Gesamtenergieverbrauch einer zARA (zugekaufte elektrische Energie und Eigenproduktion elektrischer Energie) oder ob es sich dabei um den Anteil der extern zugekauften elektrischen Energie handelt.

Wir bedanken uns für Ihre Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Michèle Blöchli
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- energie@bwl.admin.ch



CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VWA/wi

Per E-Mail

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
energie@bwl.admin.ch

Sarnen, 21. August 2024/OWSTK.4990

Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 wurden die Kantone zur Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser eingeladen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 22. August 2024. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns gerne wie folgt:

Eine funktionierende Abwasserreinigung ist für die Gesundheit der Menschen und für die Umwelt von zentraler Bedeutung. Keine oder eine unzureichende Abwasserreinigung könnten erhebliche seuchenhygienische Probleme und gravierende unumkehrbare Gewässerverunreinigungen zur Folge haben. Gemäss Vorlage würde im Falle einer Strommangellage die Bewirtschaftung zentraler Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser (zARA) gesondert geregelt und ist infolgedessen von den Bewirtschaftungsmassnahmen Kontingentierung oder Sofortkontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie ausgenommen. Die Verordnung regelt die spezifischen Massnahmen zur Senkung des Bezugs elektrischer Energie. Abhängig vom Kontingentierungssatz würde der Stromverbrauch stufenweise reduziert werden. Unter anderem würden zunächst nicht sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe wie die Belüftung der Betriebsgebäude und in einem zweiten Schritt gewisse Filteranlagen abgeschaltet werden.

Dem erläuternden Bericht kann entnommen werden, dass sich für die Kantone der Vollzugsaufwand durch die Vorbereitung und beim allfälligen Eintreten einer Kontingentierung bei einer Strommangellage erhöhen würde. Finanzielle und personelle Auswirkungen sind aber aufgrund der geringen Tragweite nicht zu erwarten.

Der Kanton Obwalden ist mit der Vorlage einverstanden. Wir begrüssen insbesondere, dass der Verordnungsentwurf auf dem Dokument «Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentie-

rung (Strommangellage)» basiert und zusammen mit der Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU), den Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) und den Schweizerischen Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI) in Begleitung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) gemeinsam erarbeitet wurde.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement



Daniel Wyler
Landstatthalter

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder des eidgenössischen Parlaments
- Regierungsrat (Zirkulationsmappe)
- Volkswirtschaftsdepartement
- Volkswirtschaftsamt
- Amt für Landwirtschaft- und Umwelt
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.4990)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 1. Juli 2024

**Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie
durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen unterstützt den vorliegenden Verordnungsentwurf im Grundsatz. Die Massnahmen ermöglichen es den zentralen Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser, ihren Stromverbrauch zu senken und die Versorgungssicherheit zu erhöhen, während Umweltschutzstandards eingehalten werden. Da Abwasserreinigungsanlagen als kritische Infrastrukturen gelten, begrüssen wir spezielle Regelungen für ihre Kontingentierung bei Strommangel. Die Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen ist unverzichtbar.

Es ist jedoch essenziell, dass die Massnahmen zur Reduktion des Stromverbrauchs im Rahmen der geltenden umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben umgesetzt werden. Insbesondere muss klargestellt werden, dass der Einsatz von Notstromaggregaten und stationären Verbrennungsmotoren den geltenden Bestimmungen entsprechen muss, um Emissionen und Umweltauswirkungen zu minimieren.

Um Missverständnisse zu vermeiden und die Umsetzung der Massnahmen zu erleichtern, sollten die Formulierungen in der Verordnung und im erläuternden Bericht präzisiert werden. Dies betrifft insbesondere die Beschreibung der Massnahmen und die Einhaltung der umweltrechtlichen Bestimmungen.

Positiv zu werten ist, dass Ausnahmen für kritische Fälle und internationale Vereinbarungen vorgesehen sind. Dies bietet einen notwendigen Handlungsspielraum, um irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer zu vermeiden. Zudem ermöglicht die Verordnung es den Kantonen, schnell und harmonisiert auf eine Strommangellage zu

reagieren, was für den effektiven Gewässerschutz und die Versorgungssicherheit essenziell ist.

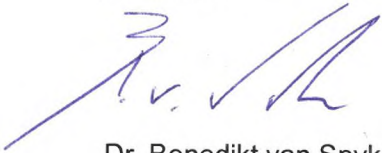
Unsere detaillierten Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln finden Sie im beigefügten Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Susanne Hartmann
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Beilage:
Antwortformular

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
energie@bwl.admin.ch

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Regierung des Kantons St.Gallen
Adresse / Indirizzo	Regierungsgebäude 9001 St.Gallen
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Adrienne Fehr-Dragojevic
Stellvertretende Generalsekretärin Volkswirtschaftsdepartement
adrienne.fehr@sg.ch, 058 229 62 29

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier **électronique** à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word** par courrier électronique facilitera grandement notre travail. **D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta **elettronica** energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir begrüßen den vorliegenden Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Er basiert auf dem «Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentierung (Strommangellage)», welches die Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter KVV, der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute VSA und der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur SVKI in Abstimmung mit dem BAFU und dem BWL erarbeitet haben.

Der Verordnungsentwurf leistet einen wichtigen Beitrag zum bestmöglichen Schutz der Gewässer im Falle einer kritischen Stromkontingentierung. Zentrale Abwasserreinigungsanlagen können mit diesem Entwurf einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, indem sie in Abhängigkeit vom Kontingentierungssatz Stromeinsparungsmassnahmen umsetzen. Dem Gewässerschutz wird im Falle einer Kontingentierung Rechnung getragen.

Mit Art. 2 Abs. 3 besteht die Möglichkeit, in kritischen Einzelfällen sowie bei internationalen Vereinbarungen (Bodensee-Richtlinie 2005 der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee [IGKB]) Ausnahmen vorzusehen. Dadurch besteht Handlungsspielraum, um irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer zu vermeiden. Internationale Abkommen werden nicht tangiert. Bei einem Kontingentierungssatz von 85% oder mehr sind solche Ausnahmen nicht erforderlich, da durch die entsprechenden Massnahmen keine umweltrechtlichen Bestimmungen verletzt werden. Das Ziel ist, die Fortschritte im Gewässerschutz im Falle einer Stromkontingentierung möglichst nicht zu gefährden. Die Art. 3 bis 5 dieses Entwurfs ermöglichen es den Kantonen, schnell und harmonisiert zu handeln.

Die Bestimmungen enthalten somit die zentralen Punkte, um während einer Stromkontingentierung, schnell, harmonisiert und mit verhältnismässigen Auswirkungen auf die Umwelt handeln zu können. Deshalb haben wir keine grundsätzlichen Anmerkungen. Präzisierungen und Hinweise sind auf den nachfolgenden Seiten.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Anliegens und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5): Diese [Massnahmen] haben keine Auswirkungen auf die Reinigungsleistung der zARA. Hilfsbetriebe, bspw. die Abluftbehandlung und die Belüftung der Betriebsgebäude, sind auszuschalten. Für die Arbeiten auf der zARA sicherheitsrelevante Bestimmungen (<u>inkl. umweltrechtliche und arbeitnehmerschutzrechtliche Vorgaben</u>) sind einzuhalten. sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind. Variante: Anpassung Art. 2 Abs. 1 Bst. a: die Abschaltung oder den reduzierten Einsatz von nicht sicherheitsrelevanten Hilfsbetrieben sowie eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion im Rahmen der <u>umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben</u>; Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5): Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. Die geltenden Bestimmungen (insbesondere auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anhang 2 Ziffer 827 LRV) sind einzuhalten.	Umweltrechtliche Vorgaben Gemäss unserem Verständnis des vorliegenden Entwurfs (und im Sinne des Bewirtschaftungsmodells) sind Massnahmen, die bei einem Kontingentierungssatz von 85% oder mehr angeordnet werden, nicht nur im Einklang mit sicherheitsrelevanten Bestimmungen, sondern auch mit umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben. Der erläuternde Bericht hält somit richtigerweise fest, dass die Bestimmungen der LRV (insb. bezüglich Geruchsbelästigung und Blockheizkraftwerken sowie stationären Verbrennungsmotoren) eingehalten werden müssen. Der Verordnungsentwurf selbst (Art. 2. Abs. 1 Bst. a) bezeichnet jedoch nur «sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe». Wir bitten deshalb um eine Präzisierung des erläuternden Berichts oder des entsprechenden Artikels. Umgang mit Notstromgruppen Im erläuternden Bericht ist klar zu formulieren, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate/Notstromgruppen (Anhang 2 Ziffer 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, welche nur zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 Stunden pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stati-

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		onären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten.
Art. 3	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 7): Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische Spurenstoffe Mikroverunreinigungen) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtposphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).	Hier sollte der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen u.a. auch Arzneimittel

Kanton Schaffhausen
Baudepartement
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



T +41 52 632 73 67
sekretariat-bd@sh.ch

Baudepartement

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

per E-Mail an: energie@bwl.admin.ch

Schaffhausen, 19. August 2024

**Vernehmlassung WBF betreffend Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs
von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales
Abwasser; Vernehmlassung Kanton Schaffhausen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 haben Sie uns zur Stellungnahme in obgenannter Angelegenheit
eingeladen, wofür wir uns bedanken. Gerne lassen wir Ihnen in der Beilage das ausgefüllte
Antwortformular zukommen.

Freundliche Grüsse

DER DEPARTEMENTSVORSTEHER

Martin Kessler, Regierungsrat

Beilage
- Antwortformular

Kopie an:
- Interkantonales Labor, DI
- Energiefachstelle
- Tiefbau Schaffhausen, Gewässer

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Kanton Schaffhausen
Adresse / Indirizzo	Beckenstube 7, 8200 Schaffhausen
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	22. August 2024

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Politisch: Nina Dajcar, Rechtsdienst Baudepartement, nina.dajcar@sh.ch, 052 632 7302

Fachlich: Rainer Bombardi, Fachbereichsleiter Abwasser, Badewasser, rainer.bombardi@sh.ch, 052 632 76 64

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier **électronique** à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta **elettronica** energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir begrüßen den vorliegenden Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser und danken Ihnen für die Möglichkeit eines Mitberichts. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1	Ergänzung Art. 1 Abs.2 Bst. a: a. Abwasserreinigungsanlagen von industriellen und gewerblichen Betrieben, denen kein kommunales Abwasser zugeleitet wird.	Der Geltungsbereich der Verordnung ist in Art. 1 Abs. 1 für alle zentralen Abwasserreinigungsanlagen, denen kommunales Abwasser zugeführt wird, definiert. Gemäss Art. 1 Abs. 2 sind Abwasserreinigungsanlagen von industriellen und gewerblichen Betrieben davon ausgenommen. Jedoch gibt es industrielle Abwasserreinigungsanlagen, die auch kommunales Abwasser reinigen.
Art. 2	Anpassung Art. 2 Abs. 1 Bst. a: «die Abschaltung oder den reduzierten Einsatz von nicht sicherheitsrelevanten Hilfsbetrieben sowie eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion <u>im Rahmen der umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben</u>»	Gemäss unserem Verständnis des vorliegenden Entwurfs (und im Sinne des Bewirtschaftungsmodells) sind Massnahmen, die bei einem Kontingentierungssatz von 85 % oder mehr angeordnet werden, nicht nur im Einklang mit sicherheitsrelevanten Bestimmungen, sondern auch mit umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben. Der erläuternde Bericht hält somit richtigerweise fest, dass die Bestimmungen der LRV (insb. bezüglich Geruchsbelästigung und Blockheizkraftwerken sowie stationären Verbrennungsmotoren) eingehalten werden müssen. Der Verordnungsentwurf selbst (Art. 2. Abs. 1 Bst. a) bezeichnet jedoch nur «sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe.
Art. 2	Ergänzung und Präzisierung des erläuternden Berichts (S. 5) zu Art. 2 Abs. 2: Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. Die	Im erläuternden Bericht ist nicht präzise genug aufgeführt, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate/Notstromgruppen (Anhang 2 Ziffer 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, welche nur zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 Stunden

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<u>geltenden Bestimmungen (insbesondere auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anhang 2 Ziffer 827 LRV) sind einzuhalten.</u>	pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stationären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten.
Art. 3	Anpassung des erläuternden Berichts zu Art. 3 (S. 7, 3. Abschnitt): Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische <u>Spurenstoffe</u> Mikroverunreinigungen) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtphosphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).	Zur besseren Verständlichkeit sollte jeweils der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen u.a. auch Arzneimittel.

Amt für Umwelt



Werkhofstrasse 5
4509 Solothurn
Telefon +41 32 627 24 47
afu.so.ch

Gabriel Zenklusen

Chef Amt für Umwelt
Telefon +41 32 627 24 58
gabriel.zenklusen@bd.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung BWL
Bernastrasse 28
3003 Bern

18. Juni 2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 laden Sie uns im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens ein, zur *Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunale Abwasser* Stellung zu nehmen.

Der Kanton Solothurn begrüsst es, dass die zentralen Abwasserreinigungsanlagen von der Kontingentierung und Sofortkontingentierung von Grossverbrauchern ausgenommen werden und im Gegenzug die zur Vernehmlassung vorliegende Verordnung in Kraft treten soll. Mit den in der Verordnung vorgesehenen Massnahmen wird verhindert, dass im Falle einer Strommangellage weder eine Gefahr für die Gesundheit von Menschen noch erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt entstehen. Der Kanton Solothurn unterstützt eine Inkraftsetzung der Verordnung in der vorliegenden Form.

Mit freundlichen Grüssen

Gabriel Zenklusen
Chef Amt für Umwelt

Kopie an: Bau- und Justizdepartement, Werkhofstrasse 65, 4509 Solothurn

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Kanton Solothurn Amt für Umwelt
Adresse / Indirizzo	Werkhofstrasse 5 4500 Solothurn
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	4. Juni 2024

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Markus Gerber
Wissenschaftlicher Mitarbeiter Gewässerschutz
markus.gerber@bd.so.ch
+41 32 627 26 77

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier **électronique** à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta **elettronica** energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Der Kanton Solothurn unterstützt eine Inkraftsetzung der Verordnung in der vorliegenden Form.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
3003 Bern
energie@bwl.admin.ch

Schwyz, 18. Juni 2024

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser zur Vernehmlassung bis 22. August 2024 unterbreitet.

Der Grundsatz, dass eine allfällige Energie-Kontingentierung oder Sofortkontingentierung für zentrale Abwasserreinigungsanlagen nicht analog von anderen Grossverbrauchern erfolgen soll, wird begrüsst. Dazu werden im Erläuterungsbericht auch die wesentlichen Gründe genannt. Die Vorlage benötigt jedoch Anpassungen. In diesem Sinne bitten wir um Berücksichtigung der Ausführungen und Anträge im beigelegten Fragebogen zu den einzelnen Bestimmungen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

André Rüegsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Kanton Schwyz
Adresse / Indirizzo	
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, E-mailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Daniel Christen, Leiter Administration Amt für Umwelt und Energie, daniel.christen@sz.ch, 041 819 20 45
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Der Grundsatz, dass eine allfällige Energie-Kontingentierung oder Sofortkontingentierung für zentrale ARA's nicht analog von anderen Grossverbrauchern erfolgen soll, wird begrüsst. Dazu werden im Erläuterungsbericht (Kap. 1 Ausgangslage) auch die wesentlichen Gründe genannt. Die Vorlage scheint jedoch noch zu wenig ausgereift, wie die folgenden Ausführungen zu einzelnen Bestimmungen im Detail zeigen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2 Abs. 1 Massnahmen	Reduktionsmassnahmen zum Energieverbrauch sollten auch bei ARA's übergeordnet und somit auf nationaler Ebene beschlossen bzw. angeordnet werden. Nur so können für alle ARA' dieselben Betriebe abgeschaltet werden. Zu dieser Verordnung wäre es empfehlenswert, eine Vollzugshilfe oder ein Merkblatt ausarbeiten zu lassen, welche auf technischer Ebene diejenigen Prozesse/Betriebe nennen vermag, die abgeschaltet werden sollen.	Nach der Vorlage sollen die Kantone die Zuständigkeit erhalten, Massnahmen für ARA's anzuordnen. Diese sollen so umgesetzt werden, dass keine Gefahr für die Gesundheit von Menschen und keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt entstehen. Gemäss Erläuterungsbericht sollen Massnahmen nach Art. 2 Abs. 1 keine Auswirkungen auf die Reinigungsleistung der ARA's haben und beispielsweise Abluftbehandlungen oder Belüftungen von Betriebsgebäuden umfassen. Die aufgeführten Massnahmen (Art. 2 Abs. 1 Bst. a und b) lassen jedoch nicht erkennen, was bzw. welche Energieverbraucher effektiv abzuschalten wären. Wenn dies schliesslich den Kantonen überlassen wird, ist zu erwarten, dass die Bestimmung auch sehr unterschiedlich ausgelegt wird. Die Energieversorgung, gerade bei Mangellagen, ist ein nationales Interesse. Daher ist für den Kanton Schwyz nicht nachvollziehbar, weshalb die Kantone Massnahmen anordnen sollen und dies aufgrund vagen Formulierungen. Ferner ist davon auszugehen, dass ARA-Betreibende nicht unnötig Betriebe laufen lassen. Die im Erläuterungsbericht genannten Beispiele weisen jedoch darauf hin, dass mit Art. 2 Abs. 2 diejenigen Anlagen/Betriebe abzuschalten sind, welche nicht effektiv der Abwasserreinigung dienen.
Art. 2 Abs. 3	Die Ausnahmeregelung soll klarer formuliert werden. Dazu ist zu prüfen, ob es einer weiterführenden Dokumentation (z. B. Vollzugshilfe, Merkblatt) bedarf.	Art. 2 Abs. 3 lässt Ausnahmen von Abs. 2 zu, wonach auf das Abschalten von Filteranlagen und/oder Anlagen der Elimination von Mikroverunreinigungen (EMV) verzichtet werden kann. Als Ausnahmetatbestand wird insbesondere die Verschlechterung der Gewässerqualität aufgeführt und im Erläuterungsbericht auf Anhang 2 der Gewässerschutzverordnung (GSchV) verwiesen. Eine Abschaltung der EMV-An-

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		lage hat unmittelbar wesentlichen Einfluss auf die Gewässerqualität. In Anhang 2 GSchV sind nur wenige Spurenstoffe erfasst. Was hierbei eine «erhebliche Verschlechterung» bedeutet, ist unklar (Grenzwertüberschreitung GSchV, Anforderung Reinigungsleisten EMV etc.). Andererseits führt eine unvollständige ARA-Reinigungsleistung auch zur Einleitung anderer Stoffe, welche möglicherweise erst verzögert Einfluss auf die Gewässerqualität hat. Eine Ausnahbestimmung wird als wichtig erachtet, jedoch auf aktueller Basis als zu wenig weitsichtig und unklar formuliert. Zudem stellt sich für ARA's ohne EMV-Reinigungsstufe die Frage, was nach Art. 2 Abs. 2 abzuschalten wäre bzw. ob hierbei unmittelbar die Ausnahme zum Einsatz käme, da nebst der EMV-Stufe nur «Filteranlagen» definiert werden.
Art. 3	Art. 3 scheint und zu wenig ausgereift und führt zu einem nötigen Grundsatzentscheid, ob eine ARA komplett ausgeschaltet wird oder ob keine reinigungsrelevanten Anlagen ausgeschaltet werden.	Mit Art. 3 werden kurzerhand alle relevanten Grenzwerte (Spurenstoffe und die klassischen Anforderungen wie GUS, CSB, DOC oder BSB5) einer ARA-Ableitung ausgehebelt. Dies kann nicht die korrekte Vorgehensweise sein. Muss eine Abschaltung nach Art. 2 Abs. 2 umgesetzt werden, stellt sich die Frage, welche Reinigungsstufe einer ARA noch betrieben werden müsste. Die EMV-Stufe und Filteranlagen wären ausgeschaltet und die Einleitbedingungen/Anforderungen nach der Aufzählung (Art. 3 Bst. a bis e) werden ausgenommen. Es ist zu erwarten, dass ARA-Betreibende die Kantone damit konfrontieren bzw. ihre Anlagen komplett ausschalten wollen. So gelangen die Vollzugbehörden wieder zur Ausnahmeregelung (Art. 2 Abs. 3) und lassen die Anlagen nicht ausschalten und begründen dies mit der wahrscheinlich auftretenden erheblichen Verschlechterung der Gewässerqualität. Dem Zweck der Energieeinsparung wäre in einem solchen Fall nicht nachgekommen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 4	Die ARA-Betreibenden sollten während Abschaltungen viel mehr im Austausch mit der Vollzugsbehörde stehen. Dies vor einer Anordnung und während der gesamten Abschaltungsdauer.	Sobald nach Art. 2 ARA-Betriebsteile ausgeschaltet werden, sind Auswirkungen zu erwarten. Auf ARA's werden keine unnötigen Anlagen betrieben. Daher stellt sich die Sinnfrage von Art. 4 Abs. 1 dieser Verordnung. Die Auswirkungen sind je nach Anordnungsstufe unterschiedlich und reichen von Geruchsemissionen bis hin zu Grenzwertüberschreitungen (welche dann, gemäss Art. 3, jedoch nicht mehr anwendbar wären).
Art. 5	Die Zuweisung der Vollzugszuständigkeit für solche Ausnahme-/Notlagen auf nationaler Ebene wird als wichtig erachtet. Dass die Kantone z. B. im Rahmen von Kontrollen (Art. 5 Abs. 2) ihren Vollzugsanteil beitragen ist aber zweckmässig.	Die Begründung, dass nach Art. 45 des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) die Kantone das GSchG vollziehen, scheint für die vorliegende Situation wenig zweckmässig. Dies zeigt einerseits die vorangehende Ausführung, wonach aufgrund des Föderalismus wohl keine einheitliche Anordnungsebene erreicht wird, welche Anlageteile nach Art. 2 Abs. 1 ausgeschaltet werden müssen bzw. was effektive Ausnahmetatbestände sind. Zudem werden die Kantone zu Informationsträgern zum WBF und BAFU, welche ihrerseits auch wieder Massnahmen ergreifen und die Kantone übersteuern können.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Herr Bundesrat Guy Parmelin
3003 Bern

Frauenfeld, 20. August 2024
Nr. 562

Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

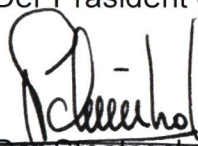
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Unsere Bemerkungen finden Sie im beigegeführten Antwortformular.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber


Beilage:

- Antwortformular



Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Kanton Thurgau
Adresse / Indirizzo	Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Manuel Tille, Leiter Abwasser und Anlagensicherheit, Amt für Umwelt (AfU) TG, manuel.tille@tg.ch , 058 345 51 60
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir unterstützen das vorgeschlagene Vorgehen und begrüßen insbesondere die Möglichkeit der Ausnahmeregelungen nach Art. 2 Abs. 3, die uns für empfindliche Fließgewässer sowie als Bodensee-Anrainer die erforderlichen Handlungsspielräume ermöglichen. Dies eröffnet uns die Möglichkeit, irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer zu vermeiden und die Vorgaben der Bodensee-Richtlinien nicht zu verletzen.

Bezüglich der Präzisierungen und Hinweise schliessen wir uns der Stellungnahme der Konferenz der Vorsteher der Umweltämter der Schweiz (KVU) an. Diese sind auf den nachfolgenden Seiten aufgeführt.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1	Anpassung Art. 1 Abs. 2 Bst. a: a. Abwasserreinigungsanlagen von industriellen und gewerblichen Betrieben, <u>denen kein kommunales Abwasser zugeführt wird</u>;	Präzisierung notwendig Es besteht ein Widerspruch zu Art. 1 Abs. 1. Es existieren industrielle Abwasserreinigungsanlagen, denen auch kommunales Abwasser zugeführt wird. Dies wird zwar im erläuternden Bericht beschrieben, die Formulierung in der Verordnung lässt dazu aber Spielraum für Interpretationen.
Art. 2	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5): Diese [Massnahmen] haben keine Auswirkungen auf die Reinigungsleistung der zARA. Hilfsbetriebe, bspw. die Abluftbehandlung und die Belüftung der Betriebsgebäude, sind auszuschalten. <u>Für die Arbeiten auf der zARA sicherheitsrelevanten Bestimmungen (inkl. umweltrechtliche und arbeitnehmerschutzrechtliche Vorgaben) sind einzuhalten.</u> sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind. Variante: Anpassung Art. 2 Abs. 1 Bst. a: Die Abschaltung oder den reduzierten Einsatz von nicht sicherheitsrelevanten Hilfsbetrieben sowie eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion <u>im Rahmen der umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben</u>; Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5):	Umweltrechtliche Vorgaben Gemäss unserem Verständnis des vorliegenden Entwurfs (und im Sinne des Bewirtschaftungsmodells) sind Massnahmen, die bei einem Kontingentierungssatz von 85 % oder mehr angeordnet werden, nicht nur im Einklang mit sicherheitsrelevanten Bestimmungen, sondern auch mit umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben. Der erläuternde Bericht hält somit richtigerweise fest, dass die Bestimmungen der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) (insb. bezüglich Geruchsbelästigung und Blockheizkraftwerken sowie stationären Verbrennungsmotoren) eingehalten werden müssen. Der Verordnungsentwurf selbst (Art. 2. Abs. 1 lit. a) bezeichnet jedoch nur "sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe". Wir bitten deshalb um eine Präzisierung des erläuternden Berichts oder des entsprechenden Artikels. Umgang mit Notstromgruppen

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. <u>Die geltenden Bestimmungen (insb. auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anh. 2 Ziff. 827 LRV) sind einzuhalten.</u>	Im erläuternden Bericht ist klar zu formulieren, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate/Notstromgruppen (Anh. 2 Ziff. 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, die nur zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 h pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stationären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten.
Art. 3	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 7): Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische <u>Spurenstoffe</u> Mikroverunreinigungen) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtphosphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).	Hier sollte der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen u.a. auch Arzneimittel.

Numero
3635

sl

0

Bellinzona
10 luglio 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consigliere federale
Guy Parmelin
Direttore DEFR
3003 Berna

energie@bwl.admin.ch
(pdf e word)

Procedura di consultazione relativa all'Ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali

Signor Consigliere federale,
gentili signore, egregi signori,

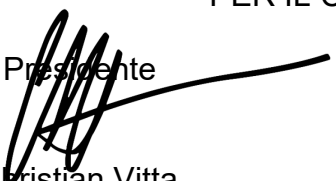
vi ringraziamo per essere stati coinvolti nella procedura di consultazione dell'Ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali.

L'Ordinanza regola il funzionamento degli impianti di depurazione delle acque di scarico in caso di grave penuria energetica a seconda del livello di contingentamento. Riconosce il ruolo particolare di tali impianti e l'interesse pubblico nel limitare il più possibile, in caso di mancato funzionamento, eventuali ripercussioni di carattere igienico-sanitario o ambientale. In questo contesto sosteniamo il progetto di Ordinanza chiedendo al contempo di considerare delle puntuali proposte di modifica, inserite nell'apposito formulario di risposta allegato.

Vogliate gradire, signor Consigliere federale, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente


Christian Vitta

Il Cancelliere


Arnoldo Coduri

RG n. 3635 del 10 luglio 2024

Allegato:

- Formulario di risposta

Copia a:

- Dipartimento del territorio (dt-dir@ti.ch)
- Divisione dell'ambiente (dt-da@ti.ch)
- Sezione della protezione dell'aria, dell'acqua e del suolo (dt-spaas@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Repubblica e Cantone Ticino
Adresse / Indirizzo	Piazza Governo 6 6501 Bellinzona
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, E-mail- adresse und Telefonnummer) / Personne de contact (pré- nom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, fun- zione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Mauro Veronesi, Capo dell'Ufficio della protezione delle acque e dell'approvvigionamento idrico (mauro.veronesi@ti.ch ; 091 814 28 20)
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

L'Ordinanza posta in consultazione costituisce un importante strumento per la gestione della depurazione delle acque durante situazioni di penuria di corrente elettrica, indicando in modo chiaro quali processi non essenziali vanno disattivati a partire da un certo tasso di contingentamento.

Il progetto di Ordinanza riprende i contenuti principali della pubblicazione VSA “Modello di gestione IDA comunali in caso di contingentamento (penuria di energia elettrica)”, che ci era già stata sottoposta per consultazione. Tale modello costituisce un apprezzato strumento operativo per l’attuazione di questa Ordinanza.

Per quanto concerne il campo di applicazione ci permettiamo tuttavia di sollevare qualche perplessità sul mancato assoggettamento a questa Ordinanza dei manufatti speciali di importanza strategica. Citiamo ad esempio il caso della Città di Lugano le cui acque luride sono raccolte presso la stazione di sollevamento in Piazza Indipendenza e addotte al depuratore situato a Bioggio tramite delle condotte prementi. Ebbene, tale stazione di sollevamento, con un consumo annuo di 700 MWh, rientra a pieno titolo nel novero dei grandi consumatori di corrente (> 100 MWh all’anno). Il suo spegnimento in una situazione di penuria energetica di grado 2 (contingentamento inferiore all'85%) comporterebbe lo sversamento della totalità dei reflui della Città nel lago di Lugano con impatti deleteri e irreversibili dal profilo sanitario, dell’approvvigionamento idrico e ambientale.

Trovate quindi nell'allegata tabella word delle proposte di modifiche che auspichiamo possano essere integrate nell'Ordinanza.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1, cpv. 1	La presente ordinanza si applica agli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali e <u>consortili</u> , nonché ai <u>manufatti speciali di importanza strategica</u> .	Vanno esplicitati sia gli impianti comunali che quelli consortili. In particolare questi ultimi sono i più impattanti dal profilo ambientale in caso di incidenti o contingentamenti. In alternativa si potrebbe indicare « impianti pubblici di depurazione delle acque di scarico »
Art. 1, cpv. 2, lett. b	Manufatti speciali <u>non strategici</u> presenti nella rete di canalizzazioni il cui prelievo di energia non viene conteggiato attraverso gli impianti centralizzati di depurazione delle acque	Il fatto che il consumo di questi manufatti sia conteggiato o meno attraverso gli impianti centralizzati è ininfluente. Importante è invece il ruolo (strategico) che hanno questi manufatti speciali nel sistema di smaltimento complessivo.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

Zustellung per E-Mail an:
energie@bwl.admin.ch

Altdorf, 4. Juni 2024

**Senkung elektrischer Energie durch Abwasserreinigungsanlagen
Vernehmlassung**

Stellungnahme des Kantons Uri

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 ist der Kanton Uri eingeladen, sich im Rahmen der titelerwähnten Vernehmlassung zu äussern. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur folgenden Stellungnahme.

1. Beurteilungsgrundlagen

Die nachfolgende Beurteilung stützt sich auf die Vernehmlassungsunterlagen der Internetplattform www.admin.ch und der Plattform CMI BD.2024-0218 sowie den Mitberichten vom Amt für Umwelt und dem Amt für Energie.

2. Stellungnahme

Die Unterlagen der Vernehmlassung wurden von den kantonalen Ämtern geprüft.
Es sind keine weiteren Bemerkungen anzubringen.

Für allfällige ergänzende Auskünfte steht Ihnen Fredy Bissig gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Baudirektion Uri

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. Epp', written over the text 'Baudirektion Uri'.

Hermann Epp, Baudirektor

Kopie per E-Mail an:

- Amt für Umwelt, swen.walker@ur.ch
- Amt für Energie, energie@ur.ch

Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Chef du Département fédéral de
l'économie, de la formation et de la
recherche
3003 Berne

energie@bwl.admin.ch

Réf. : 24_COU_4811

Lausanne, le 14 août 2024

Projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a été consulté sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales et vous en remercie.

Le Conseil d'Etat salue ce projet d'ordonnance tout en proposant des compléments et des adaptations.

Le Canton de Vaud salue l'exemption des mesures de contingentement individuel pour les stations d'épuration et son remplacement par des mesures ciblées et adaptées selon le modèle de gestion élaboré par le VSA. Il est judicieux de traiter de manière distincte les stations centrales d'épuration des eaux usées communales. Dans l'hypothèse où ladite ordonnance devait entrer en vigueur, le canton de Vaud aurait les outils, les analyses et les ressources nécessaires afin d'en assurer l'application.

Cependant, la formulation de l'article 2, al. 1 du projet d'ordonnance semble floue et incomplète. Il faudrait expliciter que les mesures de niveau 1 ne doivent pas avoir d'impact sur le rendement épuratoire ou l'environnement, comme spécifié plus clairement dans le modèle de gestion.

De plus, le Canton de Vaud rappelle que les mesures de réduction de la consommation électrique dans le cadre d'une pénurie grave d'électricité comprennent, pour les phases les plus contraignantes, du contingentement (applicable sur 1 mois) et du contingentement immédiat (applicable pour le jour suivant) ainsi que, si ces mesures ne sont pas suffisantes, des phases de délestage. L'ensemble de ces mesures est reconductible (1 mois pour le contingentement, 1 jour pour le contingentement immédiat et 7 jours pour le délestage).

La Confédération considère le délestage comme la mesure ultime et prévoit que le contingentement sera poussé à l'extrême afin d'éviter cette dernière phase. Toutefois, de nombreux domaines prioritaires, comme le domaine de la santé, ne seront pas en mesure de réduire leur consommation de manière conséquente. Il est donc envisageable que le potentiel d'économie attendu durant les contingentements ne soit pas atteint et entraîne l'activation des délestages. En ce sens, une mesure supplémentaire en cas de contingentement sévère (inférieur à 70%) est souhaitée.

Ainsi, les stations d'épuration peuvent être exemptées de délestage pour autant que le réseau s'y prête. Dans les faits, la majorité des stations d'épuration du Canton de Vaud ne peut pas être techniquement exemptée de délestage. Sur l'ensemble des STEP vaudoises, seules 5 sont techniquement exemptées de délestage et 8 sont actuellement équipées de génératrices.

Dans le cas de rejet « plus direct » d'une STEP, il y a un potentiel risque de contamination d'eaux de surface voir même souterraines qui peuvent être en lien direct avec un captage d'approvisionnement en eau potable.

Le rapport explicatif apporte une précision en ce sens pour le domaine eau potable, en permettant de déroger aux mesures prévues pour éviter des risques d'hygiène conséquents selon le contexte. Il est même précisé que les cantons sont tenus de le faire, ce qui procure à cet aspect de limitation du risque - avec impact possible sur les eaux potable – une grande importance. Toutefois, dès lors que l'ordonnance sur l'approvisionnement en eau potable lors d'une pénurie grave n'est pas évoquée ni dans le projet de règlement, ni dans le rapport explicatif, nous ne sommes pas certains que ce point est effectivement pris en considération.

En effet, l'ordonnance sur la garantie de l'approvisionnement en eau potable lors d'une pénurie grave (OAP, art. 13) fixe des tâches pour les exploitants d'installation traitant les eaux usées. Il conviendrait de rappeler cette obligation qui pourrait également s'appliquer à des stations de relevage dans le rapport explicatif. Par conséquent, il est proposé de modifier l'art. 2, al. 3.

Par ailleurs, il est à relever que l'art. 3 du projet d'ordonnance prévoit des dérogations à certaines bases légales en cas de taux de contingentement inférieur à 85%. La question du délestage et des responsabilités qui en découlent, notamment des exploitants, n'est ainsi par réglée.

Etant donné que le présent projet d'ordonnance ne traite pas le délestage, le Conseil d'Etat demande que les conséquences de cette mesure soit clarifiée dans l'ordonnance et qu'elle précise si les dérogations prévues sont également applicables dans ce cas. A ce propos, deux propositions sont formulées.

S'agissant plus particulièrement des mesures à prescrire (art. 2 let. b), elles se doivent d'être développées de manière conjointe entre la Confédération et les cantons, voire d'en établir un catalogue précis dans l'ordonnance, respectivement dans un règlement et ce, afin d'avoir une harmonisation, voire une uniformisation, sur le territoire Suisse.

Finalement, il est mentionné qu'il n'y aurait aucune conséquence sur le plan des finances et du personnel. A cet égard, il est estimé que des coûts, certes indirects, existent, dès lors qu'à défaut de dispositif de réponse actuellement mis en place, il serait nécessaire, de mobiliser des ressources, voire d'engager des ressources supplémentaires afin de mettre en œuvre le dispositif en cas de survenance du risque.

En conclusion, le Conseil d'Etat salue l'objectif de ce projet d'ordonnance tout en proposant des compléments et des adaptations afin de garantir le bon fonctionnement des stations centrales d'épuration des eaux usées communales en cas de pénurie d'électricité.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

Annexe

- Questionnaire

Copies

- OAE
- DGE

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Canton de Vaud Personne de contact : Norbert Tissot, Direction de l'énergie
Adresse / Indirizzo	
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier **électronique** à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta **elettronica** energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Le Canton de Vaud salue l'exemption des mesures de contingentement individuel pour les stations d'épuration et son remplacement par des mesures ciblées et adaptées selon le modèle de gestion élaboré par le VSA. Il est judicieux de traiter de manière distincte les stations centrales d'épuration des eaux usées communales. Dans l'hypothèse où ladite ordonnance devait entrer en vigueur, le canton de Vaud aurait les outils, les analyses et les ressources nécessaires afin d'en assurer l'application.

Cependant, la formulation de l'article 2, al. 1 du projet d'ordonnance semble toutefois floue et incomplète. Il faudrait expliciter que les mesures de niveau 1 ne doivent pas avoir d'impact sur le rendement épuratoire ou l'environnement, comme spécifié beaucoup plus clairement dans le modèle de gestion.

De plus, le Canton de Vaud rappelle que les mesures de réduction de la consommation électrique dans le cadre d'une pénurie grave d'électricité comprennent, pour les phases les plus contraignantes, du contingentement (applicable sur 1 mois) et du contingentement immédiat (applicable pour le jour suivant) ainsi que, si ces mesures ne sont pas suffisantes, des phases de délestage. L'ensemble de ces mesures est reconductible (1 mois pour le contingentement, 1 jour pour le contingentement immédiat et 7 jours pour le délestage).

La Confédération considère le délestage comme la mesure ultime et prévoit que le contingentement sera poussé à l'extrême afin d'éviter cette dernière phase. Toutefois, de nombreux domaines prioritaires, comme le domaine de la santé, ne seront pas en mesure de réduire leur consommation de manière conséquente. Il est donc envisageable que le potentiel d'économie attendu durant les contingentements ne soit pas atteint et entraîne l'activation des délestages. En ce sens une mesure supplémentaire en cas de contingentement sévère (inférieur à 70%) est souhaitée.

Les stations d'épuration peuvent être exemptées de délestage pour autant que le réseau s'y prête. Dans les faits, la majorité des stations d'épuration du Canton de Vaud ne peut pas être techniquement exemptée de délestage. Sur l'ensemble des STEP vaudoises, seules 5 sont techniquement exemptées de délestage et 8 sont équipées de génératrices.

D'autre part, l'augmentation de la production interne d'électricité, prévue par l'art. 2, al. 1, let. a, représente une mesure à part entière. Il aurait été plus clair de la placer dans une lettre b distincte, comme proposé dans le tableau ci-dessous. De plus, étant donné qu'il s'agit d'une ordonnance en cas d'urgence, le terme "augmentation" pourrait être remplacé par "maximisation".

Dans le cas de rejet « plus direct » d'une STEP il y a un potentiel risque de contamination d'eaux de surface voir même souterraines qui peuvent être en lien direct avec un captage d'approvisionnement en eau potable.

Le rapport explicatif apporte une précision en ce sens pour le domaine eau potable, en permettant de déroger pour éviter des risques d'hygiène conséquents selon le contexte. Il est même explicité que les cantons sont tenus de le faire ce qui procure à cet aspect de limitation du risque - avec impact possible sur les eaux potable – une importance non négligeable. Toutefois, dès lors que l'ordonnance sur l'approvisionnement en eau potable lors d'une pénurie grave n'est pas évoquée ni dans le projet de règlement, ni dans le rapport explicatif, nous ne

sommes pas certains que ce point est effectivement pris en considération.

En effet, l'ordonnance sur la garantie de l'approvisionnement en eau potable lors d'une pénurie grave (OAP, art. 13) fixe des tâches pour les exploitants d'installation traitant les eaux usées. Il conviendrait de rappeler cette obligation qui pourrait également s'appliquer à des stations de relevage dans le rapport explicatif. Par conséquent, il est proposé de modifier l'art. 2, al. 3.

Par ailleurs, il est à relever que l'art. 3 du projet d'ordonnance prévoit des dérogations à certaines bases légales en cas de taux de contingentement inférieur à 85%. Cela signifie-t-il que, en cas de délestage, aucune dérogation aux dispositions légales n'est prévue, engageant de ce fait la responsabilité des exploitants ?

Etant donné que le présent projet d'ordonnance ne traite pas le délestage, il est demandé que l'implication de cette mesure soit clarifiée dans l'ordonnance et qu'elle précise si les dérogations sont également applicables dans ce cas ou si elles ne le sont pas. A ce propos, deux propositions sont formulées dans le document ci-après (art. 3 modifié ou nouvel art. 3, al. 1). A noter que l'application de l'art. 3, al. 1 ci-dessous nécessiterait que les STEP prennent des mesures techniques pour être exemptées de délestage, ce qui contredit le point 5.6 du rapport explicatif : *"aucune conséquence n'est toutefois attendue sur le plan des finances et du personnel, vu la portée limitée de l'acte."*

S'agissant plus particulièrement des mesures à prescrire (art. 2 let. b), elles se doivent d'être développées de manière conjointe entre la Confédération et les cantons, voire d'en établir un catalogue précis dans l'ordonnance, respectivement dans un règlement et ce, afin d'avoir une harmonisation, voire une uniformisation, sur le territoire Suisse.

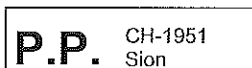
Finalement, il est mentionné dans le rapport explicatif sous chapitres 5.2 et 5.6 (conséquences) qu'il n'y aurait aucune conséquence sur le plan des finances et du personnel. A cet égard, il est estimé que des coûts, certes indirects, existent, dès lors qu'à défaut de dispositif de réponse actuellement mis en place, il serait nécessaire, afin de le mettre en œuvre avant la survenance d'une potentielle crise, de mobiliser des ressources, voire d'engager des ressources supplémentaires.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2, al. 1	a. la mise hors circuit ou la réduction de l'utilisation d'installations annexes qui n'ont pas d'incidence sur le rendement épuratoire, sur l'environnement ou sur la sécurité et une augmentation de la production interne d'électricité b. l'augmentation la maximisation de la production interne d'électricité et c. b. d'autres mesures propres aux installations qui permettent de réduire le soutirage d'énergie électrique sans incidence sur le rendement épuratoire, l'environnement ou la sécurité.	L'absence d'incidence sur le rendement épuratoire ou l'environnement est primordiale et constitue le fondement du modèle de gestion. Cette proposition de formulation permet également de rendre le point b plus visible.
Art. 2, al. 3	3 Les cantons prévoient, au cas par cas, des dérogations à la mise hors circuit visée aux al. 1 et 2 si celle-ci entraîne : a. une péjoration considérable de la qualité des eaux b. une entrave à l'approvisionnement en eau potable, conformément à l'ordonnance du 19 août 2020 sur la garantie de l'approvisionnement en eau potable lors d'une pénurie grave c. la violation de conventions internationales. d. un risque majeur et avéré de pollution environnementale	L'art. 13 de l'OAP prévoit que les exploitants d'installations de traitement d'eaux usées prennent les mesures pour ne pas compromettre l'approvisionnement en eau potable. Dès lors que la présente ordonnance pourrait entraîner des conséquences sur l'approvisionnement en eau potable, il convient d'exclure ces infrastructures de cette ordonnance.
Art. 3	Dispositions non applicables <i>[en cas de taux de contingentement inférieur à 85 % ou de délestage]</i>	Il convient de clarifier si ces dérogations s'appliquent également en cas de délestage ou non.
Art. 3, al.1 [nouveau]	Si l'ordonnance du ... sur les délestages du réseau entre en vigueur, les exploitants de STEP prennent les mesures techniques et organisationnelles pour garantir le fonctionnement des STEP selon les exi-	Proposition si l'on souhaite maintenir un traitement minimal en cas de délestage.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	gences de l'art. 2, al. 2 et 3 de la présente ordonnance.	
Art. 5	Ils informent le domaine secteur Énergie de l'organisation de l'Approvisionnement économique du pays :	Selon la terminologie de l'AEP en français De plus, les cantons ne sont probablement pas prêts à mettre en place cette mesure. L'organisation ad hoc à mettre en place mérite d'être plus développée et de manière anticipatoire. Il faudrait peut-être décliner cette thématique dans un règlement d'application.



2024.02495



Poste CH SA

Monsieur
Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Chef du département fédéral de
l'économie, de la formation et de la
recherche
3003 Berne



Date **19 JUIN 2024**

Ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) a ouvert la procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales le 1^{er} mai 2024. Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de lui donner la possibilité de s'exprimer et vous fait part ci-après de sa détermination.

Le Conseil d'Etat du canton du Valais salue le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le prélèvement d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales. Ce dernier apporte une contribution importante à la protection la plus complète possible des eaux en cas de contingentement critique de l'électricité.

En même temps, grâce au projet, les stations centrales d'épuration des eaux usées peuvent également contribuer à la sécurité d'approvisionnement en mettant en œuvre certaines mesures d'économie d'électricité en fonction du taux de contingentement. Nous estimons que le rapport entre les économies d'électricité et la protection des eaux est équilibré dans le présent projet. Les mesures ne sont appliquées que pour une durée limitée pendant un contingentement.

Avec l'art. 2, al. 3, les cantons ont en outre la possibilité de prévoir des exceptions dans des cas particuliers critiques. Ils disposent ainsi d'un outil leur permettant d'éviter des effets irréversibles et à long terme sur les eaux. Dans le cas d'un taux de contingentement de 85% ou plus, de telles exceptions ne sont pas nécessaires, car les mesures correspondantes ne violent aucune disposition du droit de l'environnement. L'objectif est de ne pas compromettre, dans la mesure du possible, les progrès réalisés en matière de protection des eaux en cas de contingentement de l'électricité.

Les dispositions comprennent donc les points centraux pour pouvoir agir rapidement, de manière harmonisée et avec des effets proportionnés sur l'environnement pendant un contingentement de l'électricité. C'est pourquoi nous n'avons pas de remarques fondamentales à formuler.

Nos remarques se trouvent dans le formulaire de réponse ad hoc annexé à la présente lettre.

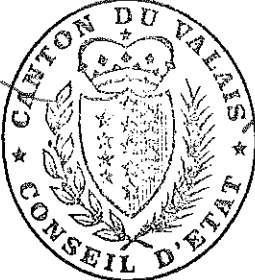


En réitérant nos remerciements de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président
Franz Ruppen

La chancelière
Monique Albrecht



Annexe Formulaire de réponse ad hoc

A envoyer par courriel (Word et fichier PDF) à energie@bwl.admin.ch

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Conseil d'Etat, canton du Valais
Adresse / Indirizzo	CP 670 1950 Sion
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, E-mail-
adresse und Telefonnummer) / Personne de contact (pré-
nom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de
téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, fun-
zione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Service de l'environnement
Anthony Dénervaud
Collaborateur scientifique
Anthony.denervaud@admin.vs.ch, 027 607 34 05

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier **électronique** à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word** par courrier électronique **facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta **elettronica** energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Le présent projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le prélèvement d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales est salué. Il se base sur le « modèle de gestion des STEP communales en cas de contingentement (situation de pénurie d'électricité) », élaboré par la Conférence des chefs des services et offices de protection de l'environnement (CCE), l'Association suisse des professionnels de la protection des eaux (VSA) et l'Association suisse Infrastructures communales (ASIC), en accord avec l'OFEV et l'OFAE.

Le projet d'ordonnance fournit une importante contribution à la protection la plus complète possible des eaux en cas de contingentement critique de l'électricité. En même temps, grâce au projet, les stations centrales d'épuration des eaux usées peuvent elles aussi contribuer à la sécurité de l'approvisionnement en mettant en œuvre certaines mesures d'économie d'électricité en fonction du taux de contingentement. Nous estimons que le rapport entre économie d'électricité et protection des eaux est équilibré dans le présent projet. Les mesures ne sont appliquées que pour une durée limitée pendant un contingentement. Avec l'art. 2 al. 3, les cantons ont par ailleurs la possibilité de prévoir des exceptions dans des cas exceptionnels critiques. Ils disposent ainsi d'un outil leur permettant d'éviter des effets irréversibles et à long terme sur les eaux. Dans le cas d'un taux de contingentement de 85% ou plus, de telles exceptions ne sont pas nécessaires, car les mesures y afférentes ne contreviennent à aucune disposition du droit de l'environnement. Le but est de ne pas mettre en péril les progrès de la protection des eaux en cas de contingentement de l'électricité. Les art. 3 à 5 de ce projet permettent aux cantons d'agir rapidement et de manière harmonisée.

Les dispositions comprennent donc les points cruciaux pour pouvoir agir rapidement, de manière harmonisée et avec des effets proportionnés sur l'environnement pendant un contingentement de l'électricité. C'est pourquoi nous n'avons pas de remarques à formuler sur le fond, mais quelques précisions et indications à apporter dans les pages qui suivent.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1 al. 2 let. a	A compléter a. aux stations d'épuration des eaux usées des entreprises industrielles et artisanales, <i>dans lesquelles ne sont pas déversées des eaux usées communales</i> ;	Précision nécessaire Il y a une contradiction avec l'art. 1, al. 1. Il existe stations d'épuration des eaux usées des entreprises industrielles et artisanales qui reçoivent également des eaux usées communales. Cela est certes décrit dans le rapport explicatif, mais la formulation de l'ordonnance laisse une marge d'interprétation.
Art. 2	Adaptation du rapport explicatif (p.6) ou de l'art. 2 al. 1 let. a <u>Rapport explicatif</u> Ces mesures n'ont pas de conséquences sur le rendement épuratoire des STEP centrales. Les installations annexes servant, par exemple, au traitement de l'air vicié ou à la ventilation des locaux doivent être mises hors circuit. <i>Les dispositions relatives à la sécurité (y compris les dispositions relatives au droit de l'environnement et à la protection des travailleurs) sont à respecter lors des travaux effectués sur les STEP centrales. -si elles n'ont pas d'incidence sur la sécurité pour la poursuite des activités des STEP centrales.</i> <u>Art. 2 al. 1 let. a</u> a. la mise hors circuit ou la réduction de l'utilisation d'installations annexes qui n'ont pas d'incidence sur la sécurité et une augmentation de la production interne d'électricité <i>dans le cadre des prescriptions du droit de l'environnement et de la protection des travailleurs</i> ;	Législation en matière d'environnement Selon notre compréhension du présent projet (et dans l'esprit du modèle d'exploitation), les mesures ordonnées à un taux de contingentement de 85% ou plus ne sont pas seulement conformes aux dispositions relatives à la sécurité, mais aussi aux prescriptions du droit de l'environnement et de la protection des travailleurs. Le rapport explicatif précise donc à juste titre que les dispositions de l'OPair doivent être respectées (notamment en ce qui concerne les nuisances olfactives, les centrales de cogénération et les moteurs à combustion stationnaires). Cependant, le projet d'ordonnance lui-même (art. 2 al. 1 let. a) ne désigne que les «entreprises auxiliaires liées à la sécurité». Nous demandons donc que le rapport explicatif ou l'article en question soit précisé.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Rapport explicatif (p. 6)	La production interne d'électricité des STEP centrales doit en outre être augmentée par une utilisation accrue de l'énergie propre générée à partir du gaz d'épuration dans leur centrale de cogénération et, le cas échéant, par la mise en service de moteurs à combustion stationnaires. Les dispositions en vigueur (notamment celles relatives aux groupes électrogènes de secours selon l'annexe 2 chiffre 827 OPair) doivent être respectées.	Gestion des groupes électrogènes de secours Le rapport explicatif doit préciser que les moteurs à combustion stationnaires et, par conséquent, les groupes électrogènes de secours (annexe 2 chiffre 827 OPair) doivent respecter les dispositions en vigueur. Les groupes électrogènes de secours sont des moteurs à combustion stationnaires spéciaux qui ne peuvent être utilisés qu'à des fins de test et en cas de panne de réseau. Leurs heures de fonctionnement sont limitées à 50 heures par an. Ils doivent donc respecter des valeurs limites d'émission moins strictes que les moteurs à combustion stationnaires traditionnels.
Art. 3	Modification du rapport explicatif (p. 7) Il s'agit des exigences chiffrées relatives à la qualité de l'eau concernant la teneur en médicaments (composés traces organiques micropolluants organiques) et des exigences de l'ordonnance du 28 octobre 1998 sur la protection des eaux (OEaux ; RS 814.201) réglementant la teneur en substances non dissoutes, en composés traces organiques et en phosphore total des eaux usées communales rejetées dans les cours d'eau et les lacs.	Le même terme que celui prévu dans l'OEaux devrait être utilisé ici. Les composés traces organiques (micropolluants) comprennent entre autres les médicaments.



Baudirektion, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail

energie@bwl.admin.ch

T direkt +41 41 594 29 94
roman.wuelser@zg.ch
Zug, 19. August 2024 RW/las
Laufnummer: 55138

**Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 1. Mai 2024 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF den Kanton Zug in der obgenannten Angelegenheit zur Vernehmlassung eingeladen. Der Regierungsrat hat das Geschäft an die Baudirektion zur direkten Erledigung überwiesen. Wir äussern uns dazu gerne wie folgt:

Wir begrüssen die Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Die Massnahmen sind aus unserer Sicht verhältnismässig. Die temporären Energieeinsparungen bei einer allfälligen Strommangellage wirken sich nur unwesentlich auf die Klärgasproduktion aus. Die Reinigungsleistung der zentralen Abwasserreinigungsanlagen ist weiterhin gewährleistet. Zudem ist zu begrüssen, dass alle kommunalen Abwasserreinigungsanlagen in der Schweiz rechtlich gleichbehandelt werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Baudirektion

Florian Weber
Regierungsrat

Seite 2/2

Kopie an:

- Sicherheitsdirektion, info.sd@zg.ch
- Direktion des Innern, info.dis@zg.ch
- Volkswirtschaftsdirektion, info.vds@zg.ch
- Amt für Umwelt, info.afu@zg.ch

Versandt am: 20. AUG. 2024



Elektronisch an energie@bwl.admin.ch

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung
3003 Bern



Kanton Zürich
Regierungsrat

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

GENERALSEKRETARIAT	
-3. JULI 24	
GS	
SECO	
BLW	
KTI	
EHB	
SBFI	
BWL	X
BWO	
WEKO	
PÜ	
ZIVI	
KF	
Reg. Nr. _____	

26. Juni 2024 (RRB Nr. 716/2024)

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

Wir begrüßen den vorliegenden Verordnungsentwurf. Er setzt die im «Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentierung (Strommangellage)» (Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute, 2024) aufgeführten Massnahmen um und schafft die Voraussetzungen, um Stromeinsparung bei Abwasserreinigungsanlagen koordiniert und ohne irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer umzusetzen. Mit Art. 1 Abs. 3 besteht zudem für die Kantone die Möglichkeit, in kritischen Einzelfällen und bei sensiblen Gewässern Ausnahmen vorzusehen.

Im Übrigen verweisen wir auf das beiliegende Vernehmlassungsformular.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli



Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft Kanton Zürich
Adresse / Indirizzo	8090 Zürich
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, E-mailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Leitung Sektion Abwasserreinigungsanlagen Edith Durisch-Kaiser, edith.durisch@bd.zh.ch , +43 259 91 52
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir begrüßen den vorliegenden Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser.

Der Verordnungsentwurf setzt die im «Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentierung (Strommangellage)» (VSA 2024) aufgeführten Massnahmen um und schafft die Voraussetzungen, um Stromeinsparung bei Abwasserreinigungsanlagen koordiniert und ohne irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer umzusetzen. Mit Art. 1 Abs. 3 besteht zudem die Möglichkeit, in kritischen Einzelfällen und bei sensiblen Gewässern Ausnahmen vorzusehen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5): Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. Die geltenden Bestimmungen (insbesondere auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anhang 2 Ziffer 827 LRV) sind einzuhalten.	Umgang mit Notstromgruppen Im erläuternden Bericht ist klar zu formulieren, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate/Notstromgruppen (Anhang 2 Ziffer 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, welche nur zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 Stunden pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stationären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten. Im Kanton Zürich muss gemäss § 12b des kantonalen Energiegesetzes (LS 730.1) die Abwärme beim Betrieb von Stromerzeugungsanlagen, welche mit fossiler Energie betrieben werden, fachgerecht und vollständig genutzt werden. Eine vollständige Abwärmenutzung ist bei Notstromaggregaten in der Regel nicht gegeben.
Art. 3	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 7): Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische Spurenstoffe) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtphosphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).	Hier sollte der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen u.a. auch Arzneimittel.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Von: [Verband](#)
An: [BWL-Energie](#)
Cc: [Müller Roland A.](#); [madeleine.vonarx](#)
Betreff: AW: Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser – Vernehmlassung der Kantone und weiteren interessierten Kreisen
Datum: Dienstag, 7. Mai 2024 07:27:31
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)
Dringlichkeit: Hoch

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit E-Mail vom 1. Mai 2024 wurden wir zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da diese Frage gemäss Arbeitsteilung mit economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen – primär in dessen Zuständigkeitsbereich fällt, verzichten wir auf eine eigene Eingabe.

Freundliche Grüsse
Berta Müller im Auftrag von Roland A. Müller

Berta Müller
Direktionsassistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich

Tel. +41 44 421 17 17
Direktwahl: +41 44 421 17 47
berta.mueller@arbeitgeber.ch
www.arbeitgeber.ch



Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
3003 Bern

per Mail an:
energie@bwl.admin.ch

Bern, 15.07.2024

Verordnung zur Senkung des Stromverbrauchs von Abwasserreinigungsanlagen im Falle einer schweren Strommangellage: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) nimmt dazu im Folgenden gerne Stellung.

Die vorgeschlagene Verordnung regelt den Betrieb der zentralen Abwasserreinigungsanlagen (zARA) im Falle einer schweren Strommangellage. Sie ist deswegen erforderlich, weil die Bewirtschaftung der zARA im erwähnten Fall von den allgemeinen Kontingentierungen ausgenommen ist und daher gesondert geregelt werden muss. Die geplanten stufenweise vorgesehenen Massnahmen stellen insbesondere sicher, dass jegliche Gewässerverschmutzung vermieden und die Energiegewinnung aus Klärgas aufrechterhalten werden kann.

Der Verordnungsentwurf basiert auf einem von der Konferenz der VorsteherInnen der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU), dem Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) und dem Schweizerischen Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI) in Begleitung der Bundesämter BAFU und BWL einvernehmlich erarbeiteten Bewirtschaftungsmodell. Der SGB kann der Anwendung dieses Modells – soweit er dies beurteilen kann – vollumfänglich zustimmen.

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und danken Ihnen im Voraus herzlich.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse

Zentralsekretariat / Secrétariat central

Theaterplatz 4, 3011 Bern

Postfach / Case postale, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 69 / cecile.heim@spschweiz.ch

www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL

Bernastrasse 28

3003 Bern

Per Mail an: energie@bwl.admin.ch

Bern, 19. August 2024

**Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von
elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für
kommunales Abwasser:
Stellungnahme der SP Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Teilnahme an der obenstehenden Vernehmlassung. Gerne unterbreiten wir Ihnen die folgende Stellungnahme.

Im Falle einer Strommangellage wird die Bewirtschaftung zentraler Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser (zARA) gesondert geregelt und ist infolgedessen von den Bewirtschaftungsmassnahmen Kontingentierung oder Sofortkontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie ausgenommen.

Die SP Schweiz begrüsst die separate Regelung der zentralen Abwasserreinigungsanlagen in der oben genannten Verordnung.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SP Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Cécile Heim
Politische Fachreferentin

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF
3003 Bern

Elektronisch an:
energie@bwl.admin.ch

Bern, 21. August 2024

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Falle einer Kontingentierung des Bezugs elektrischer Energie bei einer Strommangellage müssen gemäss den Verordnungsentwürfen über die Kontingentierung und die Sofortkontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie alle Grossverbraucher für eine bestimmte Zeitspanne ihren Strombezug um einen einheitlichen Prozentsatz senken. Von einer solchen Kontingentierung wären rund die Hälfte der 720 Schweizer zentralen Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser betroffen. Die bei einer Kontingentierung vorgegebene Reduktion des Strombezugs würde dazu führen, dass bei diesen die für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Gewässer erforderliche Mindestreinigung der Abwässer nicht mehr gewährleistet wäre. Erhebliche seuchenhygienische Probleme und gravierende unumkehrbare Gewässerverunreinigungen wären die Folge. Die vorliegende Vernehmlassungsvorlage würde diese unerwünschten Auswirkungen beheben, indem eine funktionierende Abwasserreinigung auch während einer Mangellage gewährleistet ist.

Aus Sicht der SVP ist eine funktionierende Abwasserreinigung für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt von zentraler Bedeutung, weshalb wir der übersichtlichen und angemessenen Verordnung zustimmen.

Auch im Lichte dessen, dass alle Abwasserreinigungsanlagen zusammen rund 470 GWh elektrische Energie pro Jahr verbrauchen, gleichzeitig aber 740 GWh Energie pro Jahr aus Klärgas produzieren, ist dem in der Verordnung vorgeschlagenen Bewirtschaftungsmodell zuzustimmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marcel Dettling
Nationalrat



Henrique Schneider

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Konferenz der Umweltämter der Schweiz KVV	
Adresse / Indirizzo	Haus der Kantone Speichergasse 6 3001 Bern	
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	28.06.2024, Der Präsident  Christoph Zemp Die Geschäftsführerin  Nadine Kammermann	

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Nadine Kammermann Geschäftsführerin KVV nadine.kammermann@kvu.ch , 031 320 16 96
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir begrüssen den vorliegenden Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Er basiert auf dem «Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentierung (Strommangellage)», welches die Konferenz der Vorsteher der Umweltämter KVV, der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute VSA und der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur SVKI in Abstimmung mit dem BAFU und dem BVL erarbeitet haben.

Der Verordnungsentwurf leistet einen wichtigen Beitrag, um im Falle einer kritischen Stromkontingentierung die Gewässer möglichst umfassend zu schützen. Gleichzeitig können dank des Entwurfs auch zentrale Abwasserreinigungsanlagen einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, indem sie in Abhängigkeit vom Kontingentierungssatz bestimmte Stromeinsparungsmassnahmen umsetzen. Das Verhältnis zwischen Stromeinsparung und Gewässerschutz empfinden wir im vorliegenden Entwurf als ausgewogen. Die Massnahmen werden nur befristet während einer Kontingentierung eingesetzt. Die Kantone haben mit Art. 2 Abs. 3 zudem die Möglichkeit, in kritischen Einzelfällen Ausnahmen vorzusehen. Dadurch haben sie ein Werkzeug, um irreversible und langfristige Auswirkungen auf die Gewässer zu vermeiden. Bei einem Kontingentierungssatz von 85% oder mehr sind solche Ausnahmen nicht notwendig, da durch die entsprechenden Massnahmen keine umweltrechtlichen Bestimmungen verletzt werden. Das Ziel ist, die Fortschritte im Gewässerschutz im Falle einer Stromkontingentierung möglichst nicht zu gefährden. Die Art. 3 bis 5 dieses Entwurfs ermöglichen es den Kantonen, schnell und harmonisiert zu handeln.

Die Bestimmungen umfassen somit die zentralen Punkte, um während einer Stromkontingentierung, schnell, harmonisiert und mit verhältnismässigen Auswirkungen auf die Umwelt handeln zu können. Deshalb haben wir keine grundsätzlichen Anmerkungen., jedoch einige Präzisierungen und Hinweise auf den nachfolgenden Seiten.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Anliegens und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1	Anpassung Art. 1 Abs. 2 Bst. a: a. Abwasserreinigungsanlagen von industriellen und gewerblichen Betrieben, <u>denen kein kommunales Abwasser zugeführt wird</u>;	Präzisierung notwendig Es besteht ein Widerspruch zu Art. 1 Abs. 1. Es existieren industrielle Abwasserreinigungsanlagen, welchen auch kommunales Abwasser zugeführt wird. Dies wird zwar im erläuternden Bericht beschrieben, die Formulierung in der Verordnung lässt dazu aber Spielraum für Interpretationen.
Art. 2	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5): Diese [Massnahmen] haben keine Auswirkungen auf die Reinigungsleistung der zARA. Hilfsbetriebe, bspw. die Abluftbehandlung und die Belüftung der Betriebsgebäude, sind auszuschalten. <u>Für die Arbeiten auf der zARA sicherheitsrelevante Bestimmungen (inkl. umweltrechtliche und arbeitnehmerschutzrechtliche Vorgaben) sind einzuhalten.</u> sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind. Variante: Anpassung Art. 2 Abs. 1 Bst. a: die Abschaltung oder den reduzierten Einsatz von nicht sicherheitsrelevanten Hilfsbetrieben sowie eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion <u>im Rahmen der umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben</u>; Anpassung des erläuternden Berichts (S. 5):	Umweltrechtliche Vorgaben Gemäss unserem Verständnis des vorliegenden Entwurfs (und im Sinne des Bewirtschaftungsmodells) sind Massnahmen, die bei einem Kontingentierungssatz von 85% oder mehr angeordnet werden, nicht nur im Einklang mit sicherheitsrelevanten Bestimmungen, sondern auch mit umweltrechtlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorgaben. Der erläuternde Bericht hält somit richtigerweise fest, dass die Bestimmungen der LRV (insb. bezüglich Geruchsbelästigung und Blockheizkraftwerken sowie stationären Verbrennungsmotoren) eingehalten werden müssen. Der Verordnungsentwurf selbst (Art. 2. Abs. 1 Bst. a) bezeichnet jedoch nur «sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe». Wir bitten deshalb um eine Präzisierung des erläuternden Berichts oder des entsprechenden Artikels. Umgang mit Notstromgruppen

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	Zudem ist die zARA-interne Stromproduktion zu erhöhen durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren. <u>Die geltenden Bestimmungen (insbesondere auch diejenigen von Notstromaggregaten und -gruppen gemäss Anhang 2 Ziffer 827 LRV) sind einzuhalten.</u>	Im erläuternden Bericht ist klar zu formulieren, dass stationäre Verbrennungsmotoren und somit auch Notstromaggregate/Notstromgruppen (Anhang 2 Ziffer 827 LRV) die geltenden Bestimmungen einhalten müssen. Notstromgruppen sind spezielle stationäre Verbrennungsmotoren, welche nur zu Testzwecken und bei Netzausfall betrieben werden dürfen. Ihre Betriebsstunden sind auf 50 Stunden pro Jahr limitiert. Sie müssen daher im Vergleich zu herkömmlichen stationären Verbrennungsmotoren weniger strenge Emissionsgrenzwerte einhalten.
Art. 3	Anpassung des erläuternden Berichts (S. 7): Es betrifft die numerischen Anforderungen an die Wasserqualität bezüglich Arzneimittel (organische <u>Spurenstoffe</u> Mikroverunreinigungen) sowie die Anforderungen an die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer betreffend gesamte ungelöste Stoffe, organische Spurenstoffe und Gesamtposphor der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201).	Hier sollte der gleiche Begriff verwendet werden. Organische Spurenstoffe (Mikroverunreinigungen) umfassen u.a. auch Arzneimittel.



Herrn Bundesrat
Guy Parmelin, Vorsteher WBF
Bundeshaus Ost, 3003 Bern
energie@bwl.admin.ch

1. Juli 2024

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Stellungnahme zum Entwurf vom 1. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Mai 2024 laden Sie uns ein, zum titelerwähnten Entwurf Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit.

Die RK MZF begrüsst, dass im Falle einer Strommangellage die Bewirtschaftung zentraler Abwasserreinigungsanlagen (zARA) für kommunales Abwasser von den Bewirtschaftungsmassnahmen Kontingentierung oder Sofortkontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie ausgenommen wird. Wir unterstützen die im Entwurf vorgeschlagenen Massnahmen. Dies, obwohl sich für die Kantone der Vollzugsaufwand durch die Vorbereitung und beim Eintreten einer Kontingentierung bei einer Strommangellage kurzfristig erhöhen wird.

Begründung

Eine funktionierende Abwasserreinigung ist für die Gesundheit der Menschen zwingend. Die bei einer Kontingentierung vorgegebene Reduktion des Strombezugs würde dazu führen, dass bei den zARA die für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Gewässer erforderliche Mindestreinigung der Abwässer nicht mehr gewährleistet wäre. Mit den im titelerwähnten Verordnungsentwurf vorgesehenen Massnahmen kann der Strombezug der Gesamtheit aller zARA verringert werden. Die vorgesehenen Massnahmen wirken sich indes nicht wesentlich auf die Klärgasproduktion aus, was bei einer Kontingentierung mit einem einheitlichen Kontingentierungssatz nicht ausgeschlossen werden könnte.

Mit freundlichen Grüssen

**Regierungskonferenz
Militär, Zivilschutz und Feuerwehr**

Elo. sig.
Landesfährnrich Jakob Signer
Präsident RK MZF

Elo. sig.
PD Dr. phil. Alexander Krethlow
Generalsekretär RK MZF

**SVGW**

Association pour l'eau, le gaz et la chaleur
Associazione per l'acqua, il gas e il calore
Fachverband für Wasser, Gas und Wärme

Grütlistrasse 44 | Postfach | 8027 Zürich
Tel: +41 44 288 33 33 | info@svgw.ch
www.svgw.ch

Eidg. Departemet für Wirtschaft, Bildung
und Forschung
Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung
Bernastrasse 28
3003 Bern

Kontakt Rolf Meier
E-Mail r.meier@svgw.ch
Telefon +41 44 288 33 67
Abteilung Wasser

Zürich, 21. August 2024

Stellungnahme des Fachverbandes für Wasser, Gas und Wärme (SVGW) zur VO über die Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunale Abwasser

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Mai 2024 wurde das Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser eröffnet.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Der SVGW vertritt als Fachverband die Interessen von über 700 Wasserversorgern in der Schweiz, die ihrerseits zirka 75% der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen. Im Namen der Trinkwasserversorger setzt sich der SVGW mit dem Ziel einer nachhaltigen und sicheren Versorgung mit Trinkwasser für den Schutz der Trinkwasserressourcen in der Schweiz ein.

Eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Trink-, Brauch- und Löschwasser wird für die Schweizer Wasserversorger aus verschiedenen Gründen zur Herausforderung. Nutzungskonflikte mit der Landwirtschaft, Siedlungen und Verkehrswegen, sowie Privaten und der Industrie schränken die Verfügbarkeit von qualitativ und quantitativ genügenden Rohwasservorkommen immer mehr ein. Im dicht besiedelten Mittelland sind vielerorts Trinkwasserressourcen und Fassungen durch Pflanzenschutzmittel, Nitrat und vielen weiteren Substanzen menschlichen Ursprungs verschmutzt und mussten daher aufgegeben werden.

Strommangellagen und die Abschaltung von Abwasserreinigungsanlagen stellen wiederum eine neue Herausforderung dar, wo eine Interessenabwägung zwischen Lebensmittelsicherheit und Bevölkerungsgesundheit einerseits, und dem Betrieb von wichtigen Infrastrukturen andererseits erfolgen muss. Durch die Einleitung von ungeklärten Abwässern - auch nur temporär - kann die Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser stark gefährdet sein, wodurch Konsumenten einem gesundheitlichen Risiko ausgesetzt werden. Aus hygienischer Sicht äusserst kritisch sehen wir insbesondere die Einleitung von ungeklärten und teilweise geklärten Abwässern im Zustrom von ufernahen Fassungsanlagen.

Der SVGW begrüsst grundsätzlich die Vernehmlassungsvorlage zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Wasser. Gleichzeitig fordern wir, dass mögliche Stromsparmassnahmen immer unter Berücksichtigung der Anforderungen an eine kontinuierliche und sichere Trinkwasserversorgung erfolgen müssen und Abschaltungen von Abwasserreinigungsanlagen zu keinem Zeitpunkt zu einer Gefährdung oder Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung führen dürfen.

Freundliche Grüsse

SVGW Fachverband für Wasser, Gas und Wärme



Martin Sager
Direktor



Rolf Meier
Vizedirektor, Bereichsleiter Wasser

-Anhang mit Kommentaren und Anpassungsvorschlägen zum Verordnungstext

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	SVGW – Fachverband für Wasser, Gas und Wärme
Adresse / Indirizzo	Grütlistrasse 44, 8027 Zürich
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	21. August 2024, Rolf Meier, Leiter Bereich Wasser, Vizedirektor SVGW

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, E-mailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Rolf Meier, Leiter Bereich Wasser, Vizedirektor SVGW r.meier@svgw.ch , +41 44 288 3367
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Mai 2024 wurde das Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser eröffnet.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Der SVGW vertritt als Fachverband die Interessen von über 700 Wasserversorgern in der Schweiz, die ihrerseits zirka 75% der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen. Im Namen der Trinkwasserversorger setzt sich der SVGW mit dem Ziel einer nachhaltigen und sicheren Versorgung mit Trinkwasser für den Schutz der Trinkwasserressourcen in der Schweiz ein.

Eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Trink-, Brauch- und Löschwasser wird für die Schweizer Wasserversorger aus verschiedenen Gründen zur Herausforderung. Nutzungskonflikte mit der Landwirtschaft, Siedlungen und Verkehrswegen, sowie Privaten und der Industrie schränken die Verfügbarkeit von qualitativ und quantitativ genügenden Rohwasservorkommen immer mehr ein. Im dicht besiedelten Mittelland sind vielerorts Trinkwasserressourcen und Fassungen durch Pflanzenschutzmittel, Nitrat und vielen weiteren Substanzen menschlichen Ursprungs verschmutzt und mussten daher aufgegeben werden.

Strommangellagen und die Abschaltung von Abwasserreinigungsanlagen stellen wiederum eine neue Herausforderung dar, wo eine Interessenabwägung zwischen Lebensmittelsicherheit und Bevölkerungsgesundheit einerseits, und dem Betrieb von wichtigen Infrastrukturen andererseits erfolgen muss. Durch die Einleitung von ungeklärten Abwässern - auch nur temporär - kann die Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser stark gefährdet sein, wodurch Konsumenten einem gesundheitlichen Risiko ausgesetzt werden. Aus hygienischer Sicht äusserst kritisch sehen wir insbesondere die Einleitung von ungeklärten und teilweise geklärten Abwässern im Zustrom von ufernahen Fassungsanlagen.

Der SVGW begrüsst grundsätzlich die Vernehmlassungsvorlage zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Wasser. Gleichzeitig fordern wir, dass mögliche Stromsparmassnahmen immer unter Berücksichtigung der Anforderungen an eine sichere Trinkwasserversorgung erfolgen müssen und Abschaltungen von Abwasserreinigungsanlagen zu keinem Zeitpunkt zu einer Gefährdung oder Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung führen dürfen.

Freundliche Grüsse

SVGW - Fachverband für Wasser, Gas und Wärme

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2. Abs. 3 Ziff. C (neu)	c. zu einer Gefährdung/Beeinträchtigung der Trinkwasser-Versorgung im Abstrom einer Abwasserreinigungsanlage führen könnte.	Die Abschaltung von ARAs kann zu gesundheitlichen Risiken durch die Verschmutzung von Trinkwasserressourcen und -anlagen führen. Der energetische Aufwand, eine Trinkwasserverschmutzung zu beseitigen, wäre durch das notwendige Abkochen beim Konsumenten um ein Vielfaches grösser als die Nichtabschaltung der ARA.

Per E-Mail:
energie@bwl.admin.ch
z. Hd. Wirtschaftliche Landes-
versorgung
Fachbereich Energie
CH-3003 Bern

Fribourg / Kemptthal,
22. August 2024

Unsere Antwort zur Vernehmlassung betreffend:

Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezuges von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin, sehr geehrte Damen und Herren,

Namens des Schweizerischen Verbandes der Umweltfachleute (SVU|ASEP) danken wir Ihnen für die Gelegenheit, zur Verordnung «...zur Senkung des Bezuges von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser» (nachstehend: Stromverordnung für ARA) Stellung nehmen zu dürfen. Unser Verband vertritt über 300 Fachpersonen, sowie etliche Beratungsfirmen aus den Bereichen Umweltschutz, Raumplanung, Gewässerschutz, sowie Natur- und Landschaftsschutz. Wir stellen fest, dass diese Verordnung die beiden Verordnungen über die Kontingentierung*) elektrischer Energie bei Stromgrossverbrauchern (Jahresverbrauch > 100 MWh) ergänzen soll.

Der Bundesrat hat jedoch am 29.9.2023 entschieden, dass die Grossverbraucher-Kläranlagen nicht den Verordnungen über die Strom-Kontingentierung unterstellt werden. Wir begrüssen diesen Entscheid ausdrücklich. In Art. 1 des Verordnungsentwurfes betreffend «zentralen ARA» soll nun eine Lösung umgesetzt werden, die (regionale sowie kommunale?) ARA verpflichtet, den Strombezug während einer Mangellage substanziell – unter Berücksichtigung der lokalen Möglichkeiten und Randbedingungen – zu senken. Leider ist aus dem Verordnungstext nicht (mehr) ersichtlich, wo die Grenze zwischen «zentralen» und allenfalls nur lokalen(?), dezentralen(?) ARA gezogen würde.

Wir sind vor allem deshalb in der Materie involviert, weil einige der vorgeschlagenen Massnahmen in ihrer notfallmässigen Anordnung massive Auswirkungen auf unsere Gewässer hätten und dies weitgehend unabhängig von der Grösse der betroffenen ARA. Würde bei ARA der Strom generell kontingentiert, könnten ARA das verschmutzte Abwasser nicht mehr konform zur Gewässerschutzverordnung (GSchV) reinigen. Gewässer und Trinkwasserressourcen würden allenfalls weiträumig verunreinigt; Es könnte sowohl zu gesundheitsgefährdenden hygienischen Problemen kommen und Teile der Bevölkerung in der zentralen ARA-Umgebung wären überdies durch Gerüche gestört.

Wir beantragen aktuell daher drei kleinere Text-Anpassungen im Verordnungsentwurf. Wir betonen aber, dass letztlich jede ARA (egal ob gross oder klein) ein Einzelfall darstellt und dass somit den Kantonen bei der Durchsetzung der vorgeschlagenen Stromsparmassnahmen ein entsprechend grosser Handlungsspielraum überlassen werden sollte.

Deshalb ist die Abgrenzung zwischen den grossen «zentralen ARA» - und kleineren von dieser Verordnung nicht betroffenen ARA - präziser zu definieren.

Massnahmen zur Stromeinsparung (wie beispielsweise der nun vorgeschlagene, kurzfristige Verzicht auf Filtrationen) kämen daher bei ARA nur unter Randbedingungen in Frage, welche die jeweils aktuelle, technische Situation der Anlage und auch die Belastbarkeit des entsprechenden Vorfluters berücksichtigen. Diese Belastbarkeit des Vorfluters ist insbesondere auch beim Entscheid über eine, womöglich präzise gestaffelte Abschaltung von Filteranlagen zu berücksichtigen.

In den letzten Jahren wurde auf sehr vielen ARA Etliches zur Energieoptimierung (u.a. bessere Energieeffizienz, Mehrproduktion, verfahrenstechnische Optimierungen) umgesetzt. Das zusätzliche Einspar-Potenzial ist somit ohne signifikante Auswirkungen auf die Gewässer nur noch beschränkt. Aber auch eine weitere Optimierung bei der Trennung zwischen Meteor- und Schmutzwasser (um erhöhten Stromverbrauch bei Starkregen zu vermeiden) muss als raumplanerisches Ziel konsequent weiter verfolgt werden.

ARA tragen zudem heute schon wesentlich zur Energieversorgung bei: Bei der Klärschlammbehandlung entsteht Klärgas, welches die ARA entweder aufbereitet und ins Gasnetz einspeist oder daraus direkt Strom und/oder Wärme produziert. Ganz wichtig ist unseres Erachtens daher, dass sämtliche ARA ihre Anstrengungen, noch mehr Strom durch Verstromung ihres Klärgases zu produzieren, weiter vorantreiben. Ebenso ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob eine angemessene Speicherung des Klärgases, beispielsweise für die Dauer von einer Woche und spezifisch zur Überbrückung entsprechender Stromversorgungsengpässe auf den Arealen der ARA in Zentrumsgebieten angeordnet werden kann. Die ARA müssen in den entsprechenden Notsituationen auf eine Klärgaseinspeisung in das allgemeine Gasnetz zumindest teilweise verzichten.

Dass für die Anordnungen zur Stromeinsparung ein mehrstufiges Verfahren zum Tragen kommt, bei welchem in einem ersten Schritt nicht sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe reduziert und abgeschaltet werden sollen und die betriebsinterne Stromproduktion erhöht werden soll, begrüssen wir. Erst in einem zweiten Schritt sollten Massnahmen getroffen werden, die eine direkte Auswirkung auf die Umwelt haben. Aufgrund der bereits bestehenden Qualitätsproblemen in den Gewässern hinsichtlich Mikroverunreinigungen, erachten wir es aber als zwingend, dass die Auslöseschwelle für solche umweltrelevanten Eingriffe erst dann greift, wenn in anderen Sektoren das Maximum an Energieeinsparungen erfüllt ist.

Wir beantragen Ihnen daher eine Differenzierung in Art. 2 der geplanten Verordnung: Insbesondere sollte ein Verzicht auf Filtrationen durch die Kantone erst dann angeordnet werden, wenn die Schwelle der anvisierten Stromeinsparung klar tiefer als 85% des Kontingentierungssatzes läge. Zudem möchten wir eine Ergänzung von Art. 2 beantragen, um die Vorratshaltung von Klärgas im Bereich der ARA zu fördern sowie eine Ergänzung von Art. 3 betreffend Abweichungen von der LRV vorschlagen:

Artikel, Ziffer Article, chiffre Articolo, numero	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1, generell:	Allgemein: Abgrenzung zwischen den grossen «zentralen ARA» - und kleineren von dieser Verordnung nicht betroffenen ARA ist exakt zu definieren.	Begründung siehe vorangehender Einleitungstext!
Art. 2 Abs. 2: differenzieren:	a. Beträgt der Kontingentierungssatz weniger als 85%, so ordnen die Kantone zusätzlich die Abschaltung der Filteranlagen und der Anlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen (MV und zugehörige Filter) b. Beträgt der Kontingentierungs-satz weniger als 80%, so ordnen die Kantone zusätzlich die Abschaltung weiterer Filteranlagen an, sofern die betroffenen Vorfluter ausreichend belastbar sind.	Wichtig ist zwischen den (neu installierten oder noch zu installierenden) Anlagen zur Beseitigung von Mikroverunreinigungen (MV) einerseits und herkömmlichen Filteranlagen andererseits zu unterscheiden: Seit 2016 haben erst rund 20 (zentrale) ARA (Stand: Ende 2023) eine MV-Stufe in Betrieb genommen. Für die Ozonproduktion wird jedoch relativ viel Strom (bis zu 20% des gesamten Strombedarfs) benötigt. Eine Ozonierung sollte zudem nicht ohne eine

		nachfolgende Filtration betrieben werden. Werden die MV-Stufen für die begrenzte Dauer einer Strommangellage ausser Betrieb genommen, sind keine unumkehrbaren Auswirkungen auf die Gewässer zu erwarten. Ausnahmen können (insbesondere im Oberlauf empfindlicher Vorfluter) durch die Kantone definiert werden. Eine generelle Abschaltung von Filteranlagen dagegen, sollte nur - quasi als «ultimo ratio» - während einer (hoffentlich nur wenige Tage dauernden) kurzen Zeitspanne der Sofort-kontingentierung in Frage kommen.
Art. 2, neuer Abs. 4	⁴ Im Einzelfall ordnen die Kantone das Auffüllen von Gasspeichern im Gaslieferbereich der ARA an, sofern die entsprechenden Notstromaggregate der ARA für eine Laufzeit von mehr als 50 Stunden ausgelegt sind.	In jedem Falle einer Stromkontingentierung ist eine kurzfristige Erhöhung der Stromproduktion im Rahmen der technischen Möglichkeiten anzustreben. Dies begleitet durch Massnahmen zur Erhöhung der Klärgasproduktion durch Verwertung von Co-Substraten. Allenfalls auch durch Verschiebung von Klärgasströmen soweit möglich und innerhalb der gesetzlichen Vorgaben). Mit diesen Massnahme, aber vor allem auch mit der Vorratshaltung von lokal produziertem Klärgas ist die Eigenstromproduktion (mit zusätzlichen Gasmotoren/Gasturbinen Notstromaggregaten, etc.) oder durch die höhere Auslastung der Blockheizkraftwerke anzustreben.
Art. 3: neuer Buchstabe «f»	[... Abweichung von der LRV: ...] f. (neu) Art. 2 Abs. 5 Bst. b LRV [betreffend Belästigung der Bevölkerung durch übermässige Gerüche.] Soll für die Dauer der Stromkontingentierung ausgesetzt werden.	Die Abluftbehandlung bei ARA wäre gemäss Art. 2 Abs. 1 auszuschalten, sofern diese für die Arbeiten auf der ARA nicht sicherheitsrelevant sind UND die Belästigung der Bevölkerung durch übermässige Gerüche (gemäss LRV) vermieden wird. Es wäre aber kaum verhältnismässig, einerseits die Vorgaben nach Art. 2 Abs. 5 Bst. B der LRV einhalten zu müssen, anderseits aber ökologisch sehr relevante Bestimmungen über die Gewässerqualität zu verletzen. Der Schutz der Gewässer ist von ebenso zentraler Bedeutung, wie eine allfällige, lokale und zeitlich begrenzte Geruchsbelästigung. Gerade bei diesem «Ausnahmeartikel» zeigt sich, wie sehr eine anlagen-spezifische, «individuelle» Betrachtungsweise der Kantone notwendig ist.

		Jede einzelne ARA und deren Umgebung ist mit ihrer zugehörigen Bevölkerung sowie einer allfälligen «Vorgeschichte betreffend Geruchsbelästigungen» zu betrachten.
--	--	---

Mit bestem Dank für die Prüfung unserer Anträge und Hinweise verbleiben wir: Mit freundlichen Grüßen:

Für den Vorstand des svu asep:  Dr. Matthias Gfeller, Delegierter für Vernehmlassungen und Rechtsfragen	Nathalie Currat Chanez, Präsidentin svu asep
--	---

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Umweltfreisinnige St. Gallen (UFS)
Adresse / Indirizzo	Postfach 2111, 9001 St. Gallen
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	21.08.2024, Raphael Lüchinger

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Raphael Lüchinger Präsident raphael.luechinger@hispeed.ch +41 78 802 29 10
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nutzen wir die Möglichkeit, uns zur «Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser» zu äussern. Wir schliessen uns der Stellungnahme der Umweltallianz an.

Wir verstehen, dass bei einer Strommangellage die Kontingentierung eine wichtige Massnahme ist, um den Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern. Wir begrüssen gleichzeitig die Erkenntnis, dass es sich im Fall der Kläranlagen um eine lebenswichtige Dienstleistung mit grosser Umweltwirkung handelt und darum eine gesonderte Branchenlösung gefunden werden muss.

Ebenso begrüssen wir, dass hierfür ein mehrstufiges Verfahren zum Tragen kommt, bei welchem in einem ersten Schritt nicht sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe reduziert und abgeschaltet werden sollen und die betriebsinterne Stromproduktion erhöht werden soll. Während erst in einem zweiten Schritt Massnahmen getroffen werden müssen, die eine direkte Auswirkung auf die Umwelt haben. Aufgrund der bereits bestehenden Qualitätsproblemen in unseren Gewässern hinsichtlich Mikroverunreinigungen, erachten wir es aber als zwingend, dass die Auslöseschwelle für solche Eingriffe, die eine negative Auswirkung auf die Umwelt haben und darüber hinaus erfordern, dass gesetzliche Anforderungen an die Wasserqualität ausser Kraft gesetzt werden müssen, möglichst hoch gesetzt wird und erst dann in Kraft tritt, wenn in anderen Sektoren, die keine Dienstleistungen von hohem gesellschaftlichen und ökologisch Wert erbringen, das Maximum an Energieeinsparungen erfüllt ist. Bei einem Kontingentierungssatz von weniger als 85% die Filter für die Mikroverunreinigungen abzuschalten, erfüllt dieses Ansinnen unserer Ansicht nach nicht. Wir empfehlen darum die Eintrittsschwelle auf unter 85% des Kontingentierungssatzes zu reduzieren (z.B. 80%) um der Bedeutung der Abwasserreinigung für die Qualität unserer Gewässer gerecht zu werden und sicherzustellen, dass andere Massnahmen, die der Strommangellage entgegenwirken aber keine ökologischen Beeinträchtigungen zur Folge haben, weitestgehend ausgeschöpft sind.

Dass bei dieser Kontingentierung neben der Eliminationsstufe von Mikroverunreinigungen auch noch Filteranlagen abgestellt werden sollen, können wir darüber hinaus in keiner Weise nachvollziehen und soll gestrichen werden. Viele Filter und dazugehörige Pumpen sind weniger energieintensiv als die Stufe zur Entfernung der Mikroverunreinigungen, aber sehr wichtig für eine hohe Reinigungsleistung. Wir sind darum klar der Meinung, dass die Filter keinesfalls abgeschaltet werden sollen, um wenigstens ein Minimum an mechanischer Reinigungsleistung aufrecht zu erhalten.

Im erläuternden Bericht steht, dass «die Folge [der Massnahmen nach Art. 2 Abs 2] verbreitet erhöhte Einträge von Schlamm, organischen Mikroverunreinigungen und Phosphor in die Gewässer [ist]. Grössere hygienische Probleme und anhaltende Schäden in den Gewässern sind bei diesen Massnahmen nicht zu erwarten». Diese Aussage wird jedoch nicht begründet. Es wird ausserdem in diesem Zusammenhang vom «Einsparpotential beim Strombezug» geredet, aber zum Einfluss der möglichen Dauer der Kontingentierung wird nichts gesagt: doch man kann davon ausgehen, dass die Abschaltung der Filteranlagen und der Anlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für nur einen Tag nicht dieselben Auswirkungen haben wird, als wenn es für 3 Wochen ist (und umso mehr, wenn es im Sommer ist, wenn weniger Wasser fliesst). Zu den Ausnahmen nach Art. 2 Abs. 3 wird erwähnt, dass «aufgrund der betrieblichen Situation und des Gewässerzustands die in Absatz 2 vorgesehenen Massnahmen bei vereinzelter zARA zu einer erheblichen Verschlechterung der Gewässerqualität führen würden. [...] Die Kantone sind daher in Absatz 3 Buchstabe a verpflichtet, aufgrund ihrer Beurteilung diese zARA von den Massnahmen auszunehmen». Die betriebliche Situation und der Gewässerzustand werden also erwähnt, aber nicht die voraussichtliche Dauer der Kontingentierung. Im Kap. 5.5 des erläuternden Berichts steht zwar, dass die «vorgesehenen Massnahmen auf die Umwelt wenige Auswirkungen [haben], da

diese zeitlich beschränkt und reversibel sind»; aber was genau «zeitlich beschränkt» bedeutet, ist unklar, und sollte im Bericht soweit wie möglich präzisiert werden. In jedem Fall ist es von zentraler Bedeutung, dass die Massnahmen laufend angepasst werden können/müssen (vgl. Art. 5 Abs. 2 und 4).

Die Kantone müssen im Sinne von Abs. 1 Bst. a «eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion» anordnen. Laut erläuternden Berichts soll das «durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren». Es müsste das Ziel sein, dass die zARA – welche sich in der öffentlichen Hand befinden – als Grossverbraucher im Sinne des Vorsorgeprinzips sowie der Vorbildfunktion öffentlicher Körperschaften dazu verpflichtet werden, ihren Selbstversorgungsgrad laufend zu erhöhen. Ob es in dieser Verordnung aufzunehmen wäre oder z.B. im Gesetz, wäre noch abzuklären.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2 Abs. 1	Ändern: 1 Beträgt der Kontingentierungssatz nach Artikel 5 der Verordnung vom ...2 über die Kontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie [bzw. nach Artikel 5 der Verordnung vom ...3 über die Sofortkontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie] 85 80 Prozent oder mehr, so ordnen die Kantone für zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser Folgendes an:	Die Möglichkeiten rasch Massnahmen zu treffen, die weder sicherheits- noch umweltrelevant sind, bleibt bestehen. Um die Eintretensschwelle für umweltrelevante Massnahmen aber aus genannten Gründen höher zu legen, empfehlen wir den Kontingentierungssatz anzupassen. (entspricht dann auch unserem Antrag zu Art. 2 Abs. 2 unten)
Art. 2 Abs. 2	Ändern: Beträgt der Kontingentierungssatz weniger als 80 %, so ordnen die Kantone zusätzlich die Abschaltung der Filteranlagen und der Anlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen an.	Siehe unter «allgemeine Bemerkungen»
Art. 2 Abs. 1-3	Es ist zu erläutern, warum von den Bestimmungen der LRV nicht abgewichen werden kann.	Die Abluftbehandlung wären gemäss Art. 2 Abs. 1 auszu-schalten, sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind. Dabei seien die Belästigung der Bevölkerung durch übermässige Gerüche zu vermeiden (Art. 2 Abs. 5 Bst. b LRV), sei dies nicht möglich sei der Einsatz der Hilfsbetriebe so weit zu reduzieren, so dass die Vorgabe nach Art. 2 Abs. 5 Bst. b noch eingehalten werden kann. Der erläuternde Bericht sagt zu Art. 3 zudem, dass die gesetzlichen Vorschriften der Luftreinhaltung nicht ausser Kraft gesetzt werden müssen. Insbesondere wären die zARA weiterhin angehalten, die Belästigung der Bevölkerung durch übermässige Gerüche (Art. 2 Abs. 5 Bst. b LRV) zu vermeiden. Dabei stellen sich folgende Fragen: - Was für ein Energiesparpotenzial gäbe es, wenn die

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		(oder gewisse) Vorschriften der Luftreinhaltung ausser Kraft gesetzt würden, im Vergleich zu den Vorschriften, die in der Vorlage vorgesehen sind? - Warum sind die Vorgaben nach Art. 2 Abs. 5 Bst. LRV einzuhalten, während Bestimmungen zur Gewässerqualität ausgesetzt werden können? Der Schutz der Gewässer ist von zentraler Bedeutung und nicht weniger wichtig als die allfällige lokale und zeitlich begrenzte Belästigung durch einen Geruch, der keine gesundheitlichen Auswirkungen hat.

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	VARA (Vereinigung Aargauischer Abwasserreinigungsanlagen)
Adresse / Indirizzo	c/o Felix Kreidler, Sandstrasse 75, 5412 Gebenstorf
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	 17.08.2024

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Felix Kreidler, Präsident VARA felix.kreidler@ibbrugg.ch M +41 79 774 36 71
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Die VARA bedankt sich beim Bund für die Möglichkeit der Stellungnahme. Die VARA unterstützt die Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser grundsätzlich.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA)
Adresse / Indirizzo	Europastrasse 3 Postfach 8152 Glattbrugg
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	21. August 2024 

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, E-mailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Stefan Hasler
Direktor
stefan.hasler@vsa.ch
043 343 70 72

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier **électronique** à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta **elettronica** energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir begrüßen den vorliegenden Verordnungsentwurf über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser. Er basiert auf dem «Bewirtschaftungsmodell kommunaler ARA bei Kontingentierung (Strommangellage)», welches durch unseren Verband und die Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter KVV und der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur SVKI in Abstimmung mit dem BAFU und dem BWL erarbeitet wurde.

Der Verordnungsentwurf stellt im Falle einer kritischen Strommangellage sicher, dass auch zentrale Abwasserreinigungsanlagen einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können, indem sie in Abhängigkeit vom Kontingentierungssatz bestimmte Stromeinsparungsmassnahmen umsetzen und gleichzeitig die Gewässer möglichst umfassend schützen. Das Verhältnis zwischen Stromeinsparung und Gewässerschutz empfinden wir im vorliegenden Entwurf als ausgewogen. Die Massnahmen werden nur befristet während einer Kontingentierung eingesetzt.

Wir begrüßen insbesondere, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht für Sonderbauwerke (Pumpwerke, Regenbecken etc.) im Einzugsgebiet (Kanalisationsnetz) einer ARA gelten, wenn diese nicht über die ARA selbst mit Strom versorgt resp. abgerechnet werden. Die Formulierung von abschliessenden Massnahmen in Abhängigkeit vom Kontingentierungssatz erachten wir als praktikable und zielführende Vorgabe. Desweiteren begrüßen wir die explizite und nach uns vollständige Aufzählung der Bestimmungen in der Gewässerschutzverordnung (GSchV), von denen für die Dauer der Abschaltung abgewichen werden kann und die Kantone im Einzelfall Ausnahmen definieren können, um eine erhebliche Verschlechterung der Gewässerqualität oder die Nichteinhaltung von internationalen Vereinbarungen abwenden zu können.

In Abstimmung mit der KVV und dem SVKI erlauben wir uns einige Präzisierungen und Hinweise (s. nachfolgende Seite).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme bei der Weiterbehandlung dieses Geschäftes und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)
Adresse / Indirizzo	Hintere Bahnhofstrasse 10, 5000 Aarau
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	02. Juli 2024   Michael Frank, Direktor Thomas Marti, Bereichsleiter Netze, Digitalisierung und Sicherheit

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Michael Holenweger Stabschef OSTRAL Tel: +41 62 825 25 03 E-Mail: michael.holenweger@strom.ch
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) dankt für die Möglichkeit, zu dem im Titel genannten Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen. Er nimmt diese Gelegenheit gerne wahr.

Der Bund hat den Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) beauftragt, die nötigen Vorbereitungen zur Bewältigung einer Strommangellage zu treffen. Der VSE hat zu diesem Zweck die Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen (OSTRAL) ins Leben gerufen. Die möglichen Massnahmen und Abläufe im Krisenfall wurden für den Strombereich bereits seit Jahren erarbeitet und geübt. Alle Konzepte der Wirtschaftlichen Landesversorgung des Bundes sowie alle Umsetzungsdokumente der OSTRAL wurden in einem fundierten Prozess erarbeitet und aufeinander abgestimmt. Sämtliche Vorbereitungsarbeiten (z.B. Schulungen innerhalb der Branche, Grossverbraucherinformation) basieren auf diesen Grundlagen.

Der VSE legt Wert darauf, dass die Organisation OSTRAL, welche für den Vollzug der Strombewirtschaftungsmassnahmen verantwortlich ist, ebenfalls über einer Berichterstattung verfügt (Art. 5).

Der VSE ist der Ansicht, dass es notwendig ist, den Inhalt des erläuternden Berichts zu präzisieren (Art. 5) im Sinne, dass OSTRAL für die Steuerung der Strombewirtschaftungsmassnahmen möglichst genaue Daten braucht.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 5 Vollzug 1 Die Kantone vollziehen diese Verordnung. 2 Sie kontrollieren die Umsetzung der Massnahmen und überwachen die Auswirkungen auf die Wasserqualität der Gewässer. 3 Sie informieren den Fachbereich Energie der Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung: a. über die Umsetzung der Massnahmen; b. über die aus dem Elektrizitätsnetz bezogene elektrische Energie; c. über die Ausnahmen nach Artikel 2 Absatz 3.	Art 5 Abs 3 Vollzug 3 Sie informieren <u>täglich</u> den Fachbereich Energie der Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung <u>und den VSE</u>:	OSTRAL als Organisation im Auftrag des VSE, welche für den Vollzug der Strombewirtschaftungsmassnahmen verantwortlich ist, soll täglich den Bezug elektrischer Energie der zentralen Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Wasser erhalten. Von allen Energieversorgern in der Schweiz wird verlangt, dass beim Reporting genaue Daten zurückfliessen und entsprechend kontrolliert werden. Dies soll auch für die zARA gelten. Die Steuerung der Strombewirtschaftungsmassnahmen bedarf möglichst genauer Daten, damit eine effiziente und effektive Umsetzung stattfinden kann.
Art. 1 Geltungsbereich (Erläuternder Bericht zum Entwurf der Verordnung) 1 Diese Verordnung gilt für zentrale Abwasserreinigungsanlagen, denen kommunales Abwasser zugeführt wird. 2 Sie gilt nicht für: a. Abwasserreinigungsanlagen von industriellen und		In den Erläuterungen zum Geltungsbereich heisst es folgendermassen: «Von den Massnahmen erfasst werden alle zentralen Abwasserreinigungsanlagen, denen kommunales Abwasser zugeführt werden. Dies unabhängig davon, ob den zARA zusätzlich auch Industrie- und anderes verschmutztes Abwasser zugeführt werden» und weiter «Schon begrifflich fallen Abwassereinigungsanlagen von industriellen und gewerblichen Betrieben, private Kleinkläranlagen und Sonderbauwerke im Kanalisationsnetz, deren Strombezug nicht über die zARA abgerechnet wird, nicht in den Anwendungsbereich dieses

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
gewerblichen Betrieben; b. Sonderbauwerke im Kanalisationsnetz, deren Strombezug nicht über die zentrale Abwasserreinigungsanlagen abgerechnet wird; c. c. private Kleinkläranlagen.		Verordnungsentwurfs.» Nach diesen Ausführungen ist unklar, ab welchem Prozentsatz die Abwasserreinigungsanlagen, die sowohl kommunales als auch industrielles oder gewerbliches Abwasser reinigen von der Kontingentierung ausgeschlossen sind oder nicht. Gemäss dieser Auslegung darf der Anteil des kommunalen Abwassers beliebig klein sein.
Art. 2 Abs 3b Massnahmen (Erläuternder Bericht zum Entwurf der Verordnung) 3 Die Kantone sehen im Einzelfall Ausnahmen von der Abschaltung nach Absatz 2 vor, wenn diese: ... b. dazu führen würde, dass internationale Vereinbarungen nicht eingehalten werden.		In den Erläuterungen zu den Massnahmen heisst es folgendermassen: «Bei einzelnen zARA sind die Einleitbedingungen durch die Kantone aufgrund von internationalen Vereinbarungen (z.B. Bodensee-Richtlinie 2005 der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee [IGKB]) festgelegt. Absatz 3 Buchstabe b bestimmt, dass die Kantone von Massnahmen absehen müssen, falls diese internationalen Vereinbarungen zuwiderlaufen.» Für den VSE ist unklar, ob die im vorliegenden Entwurf vorliegenden Massnahmen der Stufe 1 und 2 aufgrund der internationalen Vereinbarungen wie z.B. gegenüber Deutschland (IKSR), Italien (CIP AIS) und Frankreich (CIPEL) überhaupt umgesetzt werden können. Dies bedarf weiterer Abklärungen und evtl. Präzisierungen im erläuternden Bericht.

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	Verband der Schweizerischen Gasindustrie
Adresse / Indirizzo	Grütlistrasse 44, 8027 Zürich
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	21. August 2024 Daniela Decurtins, Direktorin

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Email- adresse und Telefonnummer) / Personne de contact (pré- nom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, fun- zione, indirizzo e-mail e numero di telefono)	Christian Gyger Leiter Public Affairs christian.gyger@gazenergie.ch T 044 288 32 20
Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an energie@bwl.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank. Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.	

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Vernehmlassung der Verordnungsbestimmungen in obengenannter Sache. Unsere Stellungnahme beschränkt sich auf eine allgemeine Bemerkung.

Wir begrüßen die Absicht der Verordnung, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit zentralen Abwasserreinigungsanlagen (zARA) auch im Falle einer Kontingentierung als Folge einer Strommangellage ihren wichtigen Dienst für die Gesundheit der Menschen und der Gewässer vollbringen können.

Wie im erläuternden Bericht erwähnt, sind zARA auch wichtige Produzenten von Strom und erneuerbarem Gas. Die Aufbereitung des Klärgases und dessen Einspeisung als Biomethan ins Gasnetz, erhöht das Angebot an einem speicherfähigen erneuerbaren Energieträger, der dem gesamten Energiesystem als Wärme oder Strom zur Verfügung steht und somit zur Versorgungssicherheit beiträgt.

Die Gasbranche hat in Kooperation mit den zARA-Betreibern in den letzten Jahren viel in den Bau von Anlagen zur Aufbereitung von Klärgas und dessen Einspeisung als Biomethan ins Gasnetz investiert. Mit der Förderung von Biogasanlagen durch das revidierte CO₂-Gesetz entstehen weitere Anreize für die Nutzung der Biomethanpotenziale von zARA. Damit die vorliegende Verordnung dem nicht entgegensteht, ist es uns ein Anliegen, dass die Einführung der Verordnung nicht dazu führt, dass Klärgas bei normaler Versorgungslage vermehrt in Strom umgewandelt statt zu Biomethan aufbereitet und ins Gasnetz eingespeist wird. Eine Verstromung ist, dort wo ein Gasnetz existiert, aus energetischer Sicht ineffizient.

Vernehmlassung: Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser

Procédure de consultation sur le projet d'ordonnance sur les mesures visant à réduire le soutirage d'énergie électrique par les stations centrales d'épuration des eaux usées communales

Procedura di consultazione sul progetto di ordinanza sulle misure tese a ridurre il prelievo di energia elettrica da parte degli impianti centralizzati di depurazione delle acque di scarico comunali;

Organisation / Organizzazione	WWF Schweiz	
Adresse / Indirizzo	Hohlstrasse 110, 8010 Zürich	
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	13.08.24 	13.08.24 

Kontaktperson (Vorname, Nachname, Funktion, Emailadresse und Telefonnummer) / Personne de contact (prénom, nom, fonction, adresse e-mail et numéro de téléphone) / Persona di contatto (nome, cognome, funzione, indirizzo e-mail e numero di telefono)

Dr. Gabriel Cisarovsky, Advisor Ökologisierung Wasserkraftnutzung; gabriel.cisarovsky@wwf.ch; 0442972341

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme **elektronisch** an energie@bwl.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à energie@bwl.admin.ch. Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica energie@bwl.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir verstehen, dass bei einer Strommangellage die Kontingentierung eine wichtige Massnahme ist, um den Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern. Wir begrüssen gleichzeitig die Erkenntnis, dass es sich im Fall der Kläranlagen um eine lebenswichtige Dienstleistung mit grosser Umweltwirkung handelt und darum eine gesonderte Branchenlösung gefunden werden muss.

Ebenso begrüssen wir, dass hierfür ein mehrstufiges Verfahren zum Tragen kommt, bei welchem in einem ersten Schritt nicht sicherheitsrelevante Hilfsbetriebe reduziert und abgeschaltet werden sollen und die betriebsinterne Stromproduktion erhöht werden soll. Während erst in einem zweiten Schritt Massnahmen getroffen werden müssen, die eine direkte Auswirkung auf die Umwelt haben. Aufgrund der bereits bestehenden Qualitätsproblemen in unseren Gewässern hinsichtlich Mikroverunreinigungen, erachten wir es aber als zwingend, dass die Auslöseschwelle für solche Eingriffe, die eine negative Auswirkung auf die Umwelt haben und darüber hinaus erfordern, dass gesetzliche Anforderungen an die Wasserqualität ausser Kraft gesetzt werden müssen, möglichst hoch gesetzt wird und erst dann in Kraft tritt, wenn in anderen Sektoren, die keine Dienstleistungen von hohem gesellschaftlichen und ökologisch Wert erbringen, das Maximum an Energieeinsparungen erfüllt ist. Bei einem Kontingentierungssatz von weniger als 85% die Filter für die Mikroverunreinigungen abzuschalten, erfüllt dieses Ansinnen unserer Ansicht nach nicht. Wir empfehlen darum die Eintrittsschwelle auf unter 85% des Kontingentierungssatzes zu reduzieren (z.B. 80%) um der Bedeutung der Abwasserreinigung für die Qualität unserer Gewässer gerecht zu werden und sicherzustellen, dass andere Massnahmen die der Strommangellage entgegenwirken aber keine ökologischen Beeinträchtigungen zur Folge haben, weitestgehend ausgeschöpft sind.

Dass bei dieser Kontingentierung neben der Eliminationsstufe von Mikroverunreinigungen auch noch Filteranlagen abgestellt werden sollen, können wir darüber hinaus in keiner Weise nachvollziehen und soll gestrichen werden. Viele Filter und dazugehörige Pumpen sind weniger energieintensiv als die Stufe zur Entfernung der Mikroverunreinigungen, aber sehr wichtig für eine hohe Reinigungsleistung. Wir sind darum klar der Meinung, dass die Filter keinesfalls abgeschaltet werden sollen, um wenigstens ein Minimum an mechanischer Reinigungsleistung aufrecht zu erhalten.

Im erläuternden Bericht steht, dass «die Folge [der Massnahmen nach Art. 2 Abs 2] verbreitet erhöhte Einträge von Schlamm, organischen Mikroverunreinigungen und Phosphor in die Gewässer [ist]. Grössere hygienische Probleme und anhaltende Schäden in den Gewässern sind bei diesen Massnahmen nicht zu erwarten». Diese Aussage wird jedoch nicht begründet. Es wird ausserdem in diesem Zusammenhang vom «Einsparpotential beim Strombezug» geredet, aber zum Einfluss der möglichen Dauer der Kontingentierung wird nichts gesagt: doch man kann davon ausgehen, dass die Abschaltung der Filteranlagen und der Anlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für nur einen Tag nicht dieselben Auswirkungen haben wird, als wenn es für 3 Wochen ist (und umso mehr, wenn es im Sommer ist, wenn weniger Wasser fliesst). Zu den Ausnahmen nach Art. 2 Abs. 3 wird erwähnt, dass «aufgrund der betrieblichen Situation und des Gewässerzustands die in Absatz 2 vorgesehenen Massnahmen bei vereinzelter zARA zu einer erheblichen Verschlechterung der Gewässerqualität führen würden. [...] Die Kantone sind daher in Absatz 3 Buchstabe a verpflichtet, aufgrund ihrer Beurteilung diese zARA von den Massnahmen auszunehmen». Die betriebliche Situation und der Gewässerzustand werden also erwähnt, aber nicht die voraussichtliche Dauer der Kontingentierung. Im Kap. 5.5 des erläuternden Berichts steht zwar, dass die «vorgesehenen Massnahmen auf die Umwelt wenige Auswirkungen [haben], da diese zeitlich beschränkt und reversibel sind»; aber was genau «zeitlich beschränkt» bedeutet, ist unklar, und sollte im Bericht so weit wie möglich präzisiert werden. In jedem Fall ist es von zentraler Bedeutung, dass die Massnahmen laufend angepasst werden können/müssen (vgl. Art. 5 Abs. 2 und 4).

Die Kantone müssen im Sinne von Abs. 1 Bst. a «eine Erhöhung der betriebsinternen Stromproduktion» anordnen. Laut erläuternden Berichts soll das

«durch die vermehrte Eigennutzung von Klärgas in den eigenen Blockheizkraftwerken und gegebenenfalls durch die Inbetriebnahme von stationären Verbrennungsmotoren». Es müsste allerdings das Ziel sein, dass die zARA – welche sich in der öffentlichen Hand befinden – als Grossverbraucher im Sinne des Vorsorgeprinzips sowie der Vorbildfunktion öffentlicher Körperschaften dazu verpflichtet werden, ihren Selbstversorgungsgrad laufend zu erhöhen (z.B. mit der Installation von Solaranlagen auf allen bestehenden Flächen, die sich dafür eignen, oder der Verpflichtung, diese beim Bau neuer zARA einzuplanen). Ob es in dieser Verordnung aufzunehmen wäre oder z.B. im Gesetz, wäre noch abzuklären.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2 Abs. 1	Ändern: Beträgt der Kontingentierungssatz nach Artikel 5 der Verordnung vom ...2 über die Kontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie [bzw. nach Artikel 5 der Verordnung vom ...3 über die Sofortkontingentierung des Verbrauchs von elektrischer Energie] 85 80 Prozent oder mehr, so ordnen die Kantone für zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser Folgendes an:	Die Möglichkeiten rasch Massnahmen zu treffen die weder sicherheits- noch umweltrelevant sind bleibt bestehen. Um die Eintretensschwelle für umweltrelevante Massnahmen aber aus genannten Gründen höher zu legen, empfehlen wir den Kontingentierungssatz anzupassen. (entspricht dann auch unserem Antrag zu Art. 2 Abs. 2 unten)
Art. 2 Abs. 2	Ändern: Beträgt der Kontingentierungssatz weniger als 80% , so ordnen die Kantone zusätzlich die Abschaltung der Filteranlagen und der Anlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen an.	Siehe allgemeine Bemerkungen
Art. 2 Abs. 1-3	Es ist zu erläutern, warum von den Bestimmungen der LRV nicht abgewichen werden kann.	Die Abluftbehandlung wären gemäss Art. 2 Abs. 1 auszuschalten, sofern diese für die Arbeiten auf der zARA nicht sicherheitsrelevant sind. Dabei seien die Belästigung der Bevölkerung durch übermässige Gerüche zu vermeiden (Art. 2 Abs. 5 Bst. b LRV), sei dies nicht möglich sei der Einsatz der Hilfsbetriebe soweit zu reduzieren, so dass die Vorgabe nach Art. 2 Abs. 5 Bst. b noch eingehalten werden kann. Der erläuternde Bericht sagt zu Art. 3 zudem, dass die gesetzlichen Vorschriften der Luftreinhaltung nicht ausser Kraft gesetzt werden müssen. Insbesondere wären die zARA weiterhin angehalten, die Belästigung der Bevölkerung durch übermässige Gerüche (Art. 2 Abs. 5 Bst. b LRV) zu vermeiden. Dabei stellen sich folgende Fragen: - Was für ein Energiesparpotenzial gäbe es, wenn die (oder gewisse) Vorschriften der Luftreinhaltung aus-

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		ser Kraft gesetzt würden, im Vergleich zu den Vorschriften, die in der Vorlage vorgesehen sind? - Warum sind die Vorgaben nach Art. 2 Abs. 5 Bst. LRV einzuhalten, während Bestimmungen zur Gewässerqualität ausgesetzt werden können? Der Schutz der Gewässer ist von zentraler Bedeutung und nicht weniger wichtig als die allfällige lokale und zeitlich begrenzte Belästigung durch einen Geruch, der keine gesundheitlichen Auswirkungen hat.